

Endbericht

Gesamtwirtschaftliches Zukunftskonzept für das Oberzentrum Dessau-Roßlau in der Region Anhalt- Bitterfeld-Wittenberg und der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland

An die

Stadt Dessau-Roßlau, Amt für Wirtschaftsförderung

Ihre Ansprechpartner

isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung

gemeinnützige Gesellschaft mbH

Dr. Gunthard Bratzke, Geschäftsführer

Seebener Str. 22

06114 Halle (Saale)

Telefon +49 345 / 521 36 0

Telefax +49 345 / 299 82 888

Email info@isw-institut.de

in Kooperation mit

AHP GmbH & Co. KG

Prof. Dr.-Ing. Uwe Arnold, Geschäftsführer

Karl-Heinrich-Ulrichs-Strasse 11

10787 Berlin

Telefon +49 30 / 756 875 40

Telefax +49 30 / 756 875 444

Email arnold@ahpkg.de

Halle, Oktober 2017

Inhaltsverzeichnis

1. Generelle Bewertung des Projektstandes 4

2. Analyse Status Quo und Entwicklungspotentiale (AP1 / AP2).....12

2.1 Ermittlung der Ausgangssituation der Stadt Dessau-Roßlau13

 2.1.1 Sozioökonomische Analyse.....13

 2.1.2 Finanzpolitische Rahmenbedingungen14

 2.1.3 Die Stadt Dessau in verschiedenen Regionenrankings.....15

 2.1.4 Entwicklung der Beschäftigung in den Unternehmen in Dessau-Roßlau 2013 2015 und ihre
 Auswirkung auf die Rangfolge17

 2.1.5 Dessau-Roßlau in der Logistikkreislauf Mitteldeutschland18

2.2 Entwicklung der Pendlerverflechtungen in Dessau-Roßlau19

2.3 Analyse des Fördermitteleinsatzes der Stadt Dessau-Roßlau20

2.4 Bestandsaufnahme und Bewertung der vorhandenen Gewerbegebiete des Oberzentrums
Dessau-Roßlau und Erstellen eines Argumentationspapiers für den innerstädtischen
Meinungsbildungsprozess22

2.5 Analyse des Internetauftritts des Amts für Wirtschaftsförderung der Stadt Dessau-Roßlau und
Identifikation von Ansatzpunkten zur Optimierung der Website23

3. Megatrends in der Wertschöpfung – Zukunftstrends als Handlungsansätze25

4. Prioritäre Ziele, Handlungsfelder und Projekte28

4.1 Bestandspflege von Unternehmen verbessern / Stärkung der Wirtschafts-förderung28

 4.1.1 Bestandspflege von Unternehmen verbessern29

 4.1.2 Aufgabenpräzisierung der Wirtschaftsförderung / Ressourceneinsatz29

 4.1.3 Arbeitskreis Fördermittel: Stadt, Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Stadtwerke, isw / AHP
 29

4.2. Neuansiedlung von Unternehmen aktivieren.....	31
4.2.1. Neuansiedlung von Unternehmen / Paradigmenwechsel in der Gewerbegebietsentwicklung.....	31
4.2.2. Umnutzung bestehender Flächen.....	31
4.3. Stärkung des Innovations- und Wissensstandorts (Alleinstellungsmerkmale).....	32
4.3.1. Verstärkung der Rolle der Hochschule Anhalt in der Stadt	32
4.3.2. Entwicklung des BioPharmaParks Dessau-Roßlau	33
4.3.3. Kompetenznetzwerk angewandte Bahntechnologie	36
4.3.4. „Bauhaus Dessau“ und Bundesumweltamt (UBA)	38
4.3.5. Umweltbundesamt (UBA).....	40
4.3.6. Kompetenznetzwerk Drehrohrofentechnik	44
4.3.7. Kompetenznetzwerk Design / Möbel	45
4.3.8. Kompetenzzentrum Umweltmedizin.....	46
4.3.9. Entwicklung und Wirken der Energieavantgarde (EAA).....	47
4.4. Marketingaktivitäten, Tourismus, Standortmarketing.....	49
4.5. Regionale / Interregionale Vernetzung.....	50
4.5.1. Regionale Vernetzung.....	50
4.5.2. Interregionale Vernetzung / Beteiligung an EU-Projekten	52
4.6. Finanzielle Handlungsspielräume der Wirtschaftsförderung.....	54

1. Generelle Bewertung des Projektstandes

Die Arbeiten im Rahmen des „Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes für das Oberzentrum Dessau-Roßlau in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und der Metropolregion Mitteldeutschland“ erfolgten im Rahmen der mit dem Auftraggeber abgestimmten Projektplanung. Hierzu fanden vier Workshops und eine Vielzahl von Einzelbesprechungen statt, auf deren Basis die Arbeitsinhalte präzisiert und das weitere Vorgehen u.a. in Richtung Befragung einer Vielzahl von Akteuren in der Stadt festgelegt wurden. Im Rahmen von Zwischenpräsentationen unter Leitung des Oberbürgermeisters am 02. 05. 2017 und einer Abschlusspräsentation im Beisein des Oberbürgermeisters und des Sprechers der Investitionsbank Sachsen-Anhalts am 26. 07. 2017 konnten Arbeitsergebnisse vorgestellt, diskutiert und abgestimmt werden. Von Seiten der Auftragnehmer (isw / AHP) wurden auf Basis der

- Auswertung bisheriger Studien und Analysen zur Wirtschaftsentwicklung der Stadt Dessau-Roßlau
- der sozioökonomischen Analyse
- der vertiefenden Untersuchungen im Rahmen der SWOT-Analyse (u.a. 9 Teilstudien im gesonderten Band des Endberichtes)
- der Beachtung der Anforderungen veränderter Rahmenbedingungen u. a. im Zusammenhang mit der EU-Förderperiode 2014 – 2020 die sich u.a. in einer Reihe neuer Förderrichtlinien niederschlägt, die für die Entwicklung von Dessau-Roßlau von Relevanz sind
- bedarfsgerechten Vertiefung von Analysen zu Handlungsfeldern der Wirtschaftsförderung und der im Dialog entwickelten Projektansätze auf Basis von mehr als 30 Einzelinterviews und Gesprächen mit wichtigen Repräsentanten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung der Stadt

wesentliche Grundlagen für die Entwicklung eines Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes für die Stadt geschaffen.

Die Bestimmung von prioritären Zielen, Handlungsfeldern und Projekten leitet sich aus dem **Grundverständnis der Auftragsrealisierung** ab, wie es zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer herausgearbeitet wurde:

- a) umsetzungsorientiert bestehende Projektansätze zu prüfen und ggf. weiter zu entwickeln
- b) neue Handlungsfelder zu identifizieren und mit neuen Projekten zu untersetzen, wobei die Umsetzungsfähigkeit eine wesentliche Rolle spielt
- c) über den Prozess der Projektentwicklung eine Bündelung der Kräfte in der Stadt zu erreichen
- d) mögliche Kooperationspartner zu identifizieren, die auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt positiv wirken können.

Im Rahmen des vorgeschlagenen **Strategiemix**, durch eine **Verbindung von endogener Entwicklungsstrategie und Kooperationsstrategie**, wurde angestrebt, wesentliche Handlungsfelder für die weitere Projektbearbeitung zu identifizieren. Hierbei konnten in Abstimmung mit der Wirtschaftsförderung der Stadt, teilweise im Beisein des Beigeordneten für Wirtschaft und Kultur, Herrn Dr. Reck, gezielt **Schwerpunktsetzungen** aufzuarbeitenden, im Projektverlauf zu vertiefenden Themenfelder vorgeschlagen und weiterverfolgt werden.

Die herausgearbeiteten Handlungsfelder und Projekte konnten mit dem Oberbürgermeister der Stadt, Herrn Peter Kuras, sowie im Beisein anderer Vertreter der Stadt im Rahmen der Zwischenberichterstattung am 02. 05. 2017 diskutiert und weiter abgestimmt werden. Der vereinbarte Weg der **Konzentration auf umsetzungsfähige Projekte** ermöglichte:

- a) eine Bündelung der Potenziale von Auftraggeber (AG) und Auftragnehmer (AN) auf Schwerpunktprojekte, was die Umsetzungsfähigkeit einzelner Projekte erhöhte und teilweise beträchtlich zum Projektfortschritt beitrug
 - b) auf zeitnahe Umsetzungsaspekte zu orientieren, was den hohen Erwartungsdruck an konkrete Aktivitäten der Wirtschaftsförderung in der Stadt entspricht
 - c) eine optimale Unterstützung seitens des Landes zu gewährleisten, was durch eine frühzeitige Integration von Institutionen des Landes wie z. B. der Investitionsbank erreicht werden konnte
 - d) die jeweils zuständigen Ministerien in unterschiedlicher Tiefe und in strategische Vorstellungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Dessau-Roßlaus einzubinden, was sich z.B. aktuell in Aktivitäten im Bereich des Schienenfahrzeugbaus und der Einbindung in die „Regionale Innovationsstrategie“ des Landes zeigt
 - e) nachweisbare Erfolge unter dem Aspekt der neuen Qualität des Zukunftskonzeptes der Stadt und seiner Umsetzung zu erzielen, was sich z.B. durch die Einbindung in die Strategie der Stadtverwaltung zeigt, sich mit erhöhter Priorität der Wirtschaftsförderung zu widmen (entsprechende inhaltliche und aktuelle Anpassungen werden verwaltungsintern diskutiert)
 - f) eine hohe Akzeptanz der Arbeiten bei Akteuren im Bereich der Wirtschaft und Wissenschaft zu erreichen, womit die Mitwirkungsbereitschaft an der Umsetzung des Zukunftskonzeptes insbesondere von Unternehmen und Hochschuleinrichtungen erhöht wurde und damit gemeinsam mit der Stadtverwaltung die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Vor dem Hintergrund dieses schwerpunktorientierten Vorgehens konnten **wesentliche Handlungsfelder** herausgearbeitet werden. Von besonderer Bedeutung sind hierbei u. a. folgende Schwerpunkte:
- **Stärkung des Produktions- und Dienstleistungsstandortes Dessau-Roßlau** insbesondere durch Pflege des vorhandenen Unternehmensbestandes

- **Ausbau des Bildungs-, Wissens- und Innovationsstandortes Dessau-Roßlau** u. a. durch Aktivierung der Kontakte zur Hochschule Anhalt, dem Ausbau des „BioPharmaParks“ sowie die aktuelle Beteiligung am Wettbewerb „WIR – Wandel durch Innovation in der Region“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
- **Bessere Nutzung der Potenziale von Bauhaus und Umweltbundesamt** für die Stadt- und Regionalentwicklung u. a. durch die ersten Anregungen zur Verbindung von neuen klimafreundlichen Baustoffen und der Gestaltungskompetenz von Hochschule Anhalt, Umweltbundesamt und designorientierten Unternehmen auf Basis seitens der vom AN entwickelten Projektvorschläge
- **Zusammenführung von vorhandenen Kompetenzen** in der Stadt zur weiteren Profilierung wirtschaftsrelevanter Kompetenzfelder u. a. im Zusammenhang mit dem geplanten „Technologiezentrum für angewandte Bahntechnologie“, dem „Biotranslationsinstitut“ auf dem BioPharmaPark sowie dem Kompetenzfeld Design / Möbel mit den dahinterstehenden Unternehmen
- Erarbeitung von Vorschlägen zur Entwicklung der gewerblichen Infrastruktur mit Schwerpunkt **Paradigmenwechsel in der Prioritätensetzung der Standortentwicklung** der sich u.a. in einem konkreten Förderantrag bei der Investitionsbank des Landes niederschlug mit dem die Gewerbeflächenentwicklung der Stadt neu strukturiert und damit ansiedlungsfreundlicher gestaltet werden soll
- Positionierung von Dessau-Roßlau im Rahmen der **Logistikdrehscheibe Mitteldeutschlands** zur Erhöhung der logistikaffinen Standortattraktivität der Stadt u.a. durch die Entwicklung von für Logistikansiedlungen geeigneten Flächen
- Kontinuierliche Entwicklung von Vorschlägen zur **Verstärkung der regionalen wie auch interregionalen Zusammenarbeit der Stadt** mit Schwerpunkt Standortmarketing und Einbindung in regionale Netzwerkstrukturen wie z. B. im Zusammenhang mit dem aufzubauenden Fraunhofer „Leistungszentrum Chemie / Biosystemtechnik“ und Aktivitäten hinsichtlich der Umsetzung des „HYPOS“ Projektes zur Nutzung von „Grünen Wasserstoff“ der aus erneuerbaren Energien am Standort Leuna erzeugt werden soll, im Zusammenhang mit Antriebssystemen im Schienenfahrzeugbau in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird.

Angesichts der Schwerpunktsetzung der Projektbearbeitung konnte zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer auch eine **Verständigung über eine pragmatische, zielorientierte und effiziente Projektbearbeitung** erzielt werden:

- Aufbauend auf bisherigen Zielen, Schwerpunkten und Handlungsempfehlungen aus bisherigen Untersuchungen, die von der Stadt beauftragt wurden, gelang es, auch weiterhin entwicklungsfähige Ansätze vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen zu prüfen und bei Erfolgsaussichten anzupassen.

- Die vom Stadtrat beschlossenen Leitbildvorstellungen zur Entwicklung der Stadt wurden als gegeben gesetzt, die laufenden Arbeiten im Rahmen des Gutachtens ordnen sich in die Umsetzung der Leitbilder ein!
- Parallellaufende Arbeiten der Stadtverwaltung sowie in Auftrag gegebene Untersuchungen sollten nicht durch eigene Aktivitäten des Auftragnehmers „begleitet“ werden.

Vielmehr sollen wie im Bereich der Flächenstrategie („Empirica“ Gutachten) als auch des Stadtmarketings parallel dazu Positionen aus Sicht der Wirtschaftsförderung bei Bedarf ergänzend und vertiefend untersetzt werden. Hierbei zeigte sich angesichts der Präsentation des Zwischenberichtes vor dem Oberbürgermeister am 02.05.2017, dass z.B. vielfältige Übereinstimmungen und Synergien zum „Empirica“ Gutachten zur Flächenentwicklung bestehen.

- Die Aktivitäten des Auftragnehmers ordnen sich ein in generelle Anstrengungen der Stadtverwaltung zur Aktivierung ihrer Rolle gegenüber der Wirtschaft (Wirtschaftsbeirat, Wirtschaftskonferenzen etc.). Hier erfolgte u.a. eine gezielte Unterstützung (u. a. Beiratsbildung) seitens des Auftraggebers durch die Erarbeitung eines Argumentationspapiers zur Ausgestaltung des „Zukunftsforums 2020“ auf Basis der Aufforderung der Stadtverwaltung vom 03.05.2017 und der Diskussionsfassung vom 06.06.2017

Vor dem Hintergrund dieser Herangehensweise konnte die **Zielstellung eines konzentrierten, schwerpunktmäßigen Vorgehens auf erfolgversprechende Projekte mit hohen Umsetzungschancen** wesentlich umgesetzt werden. Letztlich führte sie auch zur Bündelung der Kräfte von Auftraggeber und Arbeitnehmer bei der Projektentwicklung, was z.B. durch eine Vielzahl gemeinsam durchgeführter Gespräche mit Vertretern der Stadt unterstützt wurde.

Im Rahmen des vom AG geforderten umsetzungsorientierten Vorgehens der AN zeigten sich frühzeitig **Handlungsansätze**, die auch für den weiteren Verlauf der Arbeiten von hoher Bedeutung waren:

- a) Es gelang zeitnah, wesentliche Akteure aus der Stadt für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung und den Gutachtern zu gewinnen. Hierzu haben insbesondere die bisherigen intensiven Gespräche mit Akteuren der Stadt beigetragen, die meistens mit konkreten Verständigungen zum weiteren Vorgehen mit wichtigen Repräsentanten der Stadt und isw / AHP beitrugen. Die Vielzahl von Einzelgesprächen hat eine äußerst positive Resonanz bei den Akteuren in der Stadt gefunden. Teilweise waren sie Beginn einer sich kontinuierlich vertiefenden Zusammenarbeit mit dem AN, den Vertretern der Wirtschaftsförderung der Stadt sowie den jeweils beteiligten Unternehmen und Einrichtungen.

- b) Die Abstimmung und Einordnung von Aktivitäten der Stadt in die strategischen Leitvorstellungen des Landes in Bereichen wie Wirtschafts- und Innovationsförderung, Tourismus, Marketing und Standortentwicklung etc. ist ein kontinuierlicher Prozess. Im Verlauf der Projektbearbeitung konnten hierbei insbesondere durch die Zusammenarbeit mit der Investitionsbank deutliche Fortschritte erzielt werden. Gleiches gilt für die „Regionale Innovationsstrategie“ des Landes, in der Entwicklungsvorhaben der Stadt eingeordnet werden konnten. Diesen Prozess gilt es jedoch weiterhin in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien zu intensivieren.
- c) Aktuell besteht z. B. die Aufgabe darin, wesentliche Handlungsschwerpunkte der Wirtschaftsentwicklung der Stadt (BioPharmaPark, Designkompetenzen, Aktivitäten des Vereins Bahntechnologie, einzelne Projekte der Stadtwerke etc.) in die „Regionale Innovationsstrategie“ des Landes und die umsetzungsorientierten „Roadmaps“ zu integrieren, was eine kontinuierliche Kommunikation mit den relevanten Ressorts des Landes voraussetzt. Die Wirtschaftsförderung der Stadt sollte hierbei verstärkt die Rolle des „Organisators“ einnehmen, ohne dass sie sich in jedem Fall tiefgehend in den Einzelprojekten engagieren muss. Die Arbeitsgruppe „Wirtschaftsförderung und Investitionsbank“ kann als Kommunikations- und Abstimmungsplattform genutzt werden. Projektkonkret können Vertreter – jeweils zuständiger Ministerien – zeitweise in die Arbeitsgruppe integriert werden.
- d) Wichtig ist die Orientierung der Umsetzungsstrategien von prioritären Projekten und Maßnahmen an den gegenwärtigen förderpolitischen Rahmenbedingungen. Hierbei stellt die zwischen Stadt, Investitionsbank des Landes und isw / AHP gebildete Arbeitsgruppe - zur Verbesserung der Wahrnehmung von Fördermitteln für Unternehmen und Einrichtungen in der Stadt sowie für die Stadt selbst - eine gute Basis dar. Konkrete Projektumsetzungen - wie im Bereich der Gewerbeflächenentwicklung und einzelner Projekte der Stadtwerke Dessau sollten im Dialog mit der Investitionsbank weiterbesprochen werden.

Angesichts dieser „Strategischen Herausforderungen“ bestehen im Rahmen der verschiedenen Handlungsfelder differenzierte Umsetzungschancen. Diese gilt es aufzunehmen und in den nächsten Arbeitsschritten in differenzierter Form und Intensität zu entsprechen.

Im Ergebnis der intensiveren Zusammenarbeit zwischen AG und AN bei der Projektbearbeitung kann ein guter Projektstand entsprechend der Umsetzung des Leistungsangebotes und der kontinuierlichen Verständigung zum konkreten Projektverlauf bilanziert werden. Im Ergebnis der gutachterlichen Arbeit und der Abstimmung mit der Stadt entstand ein Organigramm über das Vorgehen und die Ergebnisse bei der Entwicklung des „Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes“. Hierbei wurden Grundlagen der Arbeit, Ergebnisse der SWOT-Analyse (9 Teilgutachten) sowie herausgearbeitete Handlungsfelder und Projekte dargestellt, die Basis für die Arbeit der Wirtschaftsförderung für die nächsten Jahre sein sollen.

Organigramm einfügen

Bei der Bewertung von Handlungsfeldern und Projekten darf nicht übersehen werden, dass die einzelnen Handlungsfelder in unterschiedlicher Tiefe und Intensität bearbeitet wurden. Ursachen für den jeweiligen Stand der Projektentwicklungen sind sehr differenziert:

- Die **Bewertung des Kompetenzfeldes Medizin** u. a. im Bereich des Aufbaus von Kapazitäten im Bereich Umweltmedizin und der Rolle des Städtischen Klinikums konnte nicht abschließend erfolgen, da bestimmte inhaltliche Abstimmungen zu Schwerpunktsetzungen innerhalb des Klinikums nicht abgeschlossen sind bzw. Kooperationen mit dem Umweltbundesamt aufgrund fortgeschrittener Aktivitäten auf Bundesebene bei der aktuellen Auswahl von Kooperationspartnern neu vorgenommen werden sollten. Hier sind weitere Abstimmungen zwischen Städtischem Klinikum und Umweltbundesamt zu möglichen gemeinsamen Profilierungslinien notwendig.
- Die **Bewertung der finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt** insbesondere vor dem Hintergrund der Anforderungen der Wirtschaftsförderung konnten gutachterlicherseits durch die Erarbeitung von Vorschlägen zur Erhöhung der finanziellen Handlungsspielräume der Wirtschaftsförderung entsprochen werden (siehe Abschnitt 4.6). So werden die Spielräume der Wirtschaftsförderung in hohem Maße beeinflusst von:
 - den konkreten Aufgabenstellungen auch in Abstimmung mit anderen Struktureinheiten der Stadtverwaltung
 - den finanziellen und personellen Ressourcen, die der Wirtschaftsförderung vor dem Hintergrund ihrer Aufgabenbestimmung zugeordnet werden

Seitens des AN sind hierzu Vorschläge in Richtung veränderter Prioritätensetzungen z.B. in Richtung Bestandspflege von Unternehmen und Gewerbeflächenpolitik unterbreitet worden, die zwangsläufig nur mit strukturellen Veränderungen und adäquatem Ressourceneinsatz umzusetzen sind.

- Teilweise konnte das „**Anschieben bestimmter Projekte**“ wie der Etablierung eines „An-Instituts für Drehrohrentechnik“ nicht planmäßig entwickelt werden, da potenzielle Investoren ihr Interesse verloren. Darüber hinaus mangelt es derzeit an der grundlegenden Aussagen zu Chancen eines An-Institutes in der Stadt auf Basis der Positionierung der Leitung der Universität Magdeburg.
- Die **Beteiligung der Stadt an EU-Projekten**, ein kontinuierlicher Prozess der Identifikation einzelner Projekte, des Findens geeigneter Kooperationspartner bzw. der Bewertung des Nutzens für die Stadt ist derzeit nicht abgeschlossen und angesichts einer neuen Welle von EU-Ausschreibungsverfahren auch in 2018 fortzusetzen.

Die Arbeiten am „Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzept“ für das Oberzentrum Dessau-Roßlau haben gezeigt, dass es gelang, auf Basis des Wissens und der Interessenlagen wesentlicher Akteure in der Stadt Schwerpunkte für das Agieren der Wirtschaftsförderung vorzuschlagen. Dies ist jedoch ein offener Prozess, der die Verantwortlichen in der Stadt nicht daran hindern soll, bei Bedarf dynamisch neue Projektansätze aufzunehmen.

Gleiches gilt für die ggf. kontinuierlich erfolgende Evaluation des Zukunftskonzeptes unter dem Aspekt der Umsetzbarkeit, die ggf. auch dazu führen kann, dass einzelne Projekte aufgrund veränderter Rahmenbedingungen und Interessenlagen beteiligter Akteure aus der strategischen Schwerpunktsetzung für das wirtschaftsfördernde Agieren der Stadt herausgenommen bzw. zurückgestellt werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass mit den Aktivitäten zur Entwicklung des „Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes“ es gelungen ist, eine Vielzahl von Akteuren in der Stadt zur Mitarbeit an einzelnen Projekten und deren Umsetzung zu aktivieren. Damit konnte erreicht werden, dass einzelne Projekte wie z.B. die Konzipierung eines „Institutes für Bahntechnologie“ weiter präzisiert und teilweise mit der Landesregierung vorabgestimmt werden. Als Erfolg der Arbeiten am „Zukunftskonzept“ kann auch gewertet werden, dass bereits im Prozess der Konzepterarbeitung eine Reihe von Umsetzungsaktivitäten initiiert und verstärkt weiterentwickelt wurde. Diese aussichtsreichen Projektstände können aufgrund der jeweiligen Vorarbeiten in den nächsten Monaten fortgesetzt werden und tragen damit schon jetzt zur teilweisen Umsetzung des „Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes“ für das Oberzentrum Dessau-Roßlau bei.

Eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Stadt, Hochschule Anhalt sowie Unternehmen der Stadt im Umfeld des Schienenfahrzeugbaus wurde vor dem Hintergrund des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiierten Wettbewerbs „WIR – Wandel durch Innovation in der Region“ erzielt. Eine große Chance für die Unternehmen in der Stadt sowie der Hochschule Anhalt besteht in der Verbindung von Strategien der mitteldeutschen Chemie zur Entwicklung eines „Grünen Wasserstoffs“ auf Basis der regenerativen Energien und der Suche nach klimafreundlichen Antriebssystemen im Schienenfahrzeugbau mit Standort Dessau-Roßlau.

2. Analyse Status Quo und Entwicklungspotentiale (AP1 / AP2)

Methodisches Vorgehen

Die Situation der Stadt wurde in umfangreichen **Teiluntersuchungen** analysiert. Beispiele hierfür sind:

- Sozioökonomische Analyse
- Bewertung Städteranking / Standortkosten und Dynamikvergleich
- Pendlerverflechtungen / Stadt und Region
- Entwicklung großer Unternehmen (Auswertung IHK-Umfragen)
- Bestandsaufnahme und Bewertung vorhandener Gewerbegebiete
- Dessau-Roßlau als Logistkdrehscheibe in Mitteldeutschland
- Analyse des Einsatzes von Fördermitteln in der Stadt
- Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Aufbauend auf diesen Analysen wurden **erste Handlungsansätze** abgeleitet. Diese Ansätze wurden verglichen mit Aussagen früherer Untersuchungen und den dort vorgenommenen Einschätzungen / Bewertungen zu Zielen, Handlungsfeldern und umsetzungsorientierten Projekten der Wirtschaftsentwicklung der Stadt. Schwerpunkte hierbei waren:

- Die Analyse der bisherigen Entwicklungsvorstellungen und deren Umsetzung, wobei Fragen nach der Aktualität der Empfehlungen sowie mögliche Gründe für ein Nichtrealisieren bisheriger Ziele im Vordergrund der Bewertung standen.
- Die Prüfung der Umsetzungschancen von bisher identifizierten Zielen, Handlungsfeldern und Projekten vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen auf Ebene Land, Bund und EU.

Dieser Ansatz wurde verknüpft mit einer Vertiefung von Untersuchung des Status-Quo der Stadt sowie der **SWOT-Analyse auf Basis der o.g. Teiluntersuchungen** aus denen Handlungsvorschläge und ggf. umsetzungsfähige Maßnahmen und Projekte abgeleitet wurden. Eine Verdichtung der zu untersuchenden Themen erfolgte u. a. in den Bereichen:

- Räumliche Entwicklung, Flächennutzung mit Schwerpunkt Ausweis von Industrie- und Gewerbeflächen vor dem Hintergrund realistischer Nachfragepotenziale
- Bevölkerungsstruktur und demografische Entwicklung mit Schwerpunkt Überalterung der Stadt
- Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage unter besonderer Herausstellung der an Bedeutung zunehmenden Aufgabe der Bestandspflege von Unternehmen
- Bildung, Forschung und Entwicklung mit dem Ziel, die Innovationspotenziale in der Stadt zu stärken einschließlich den Anteil und die Nutzung von Mitteln der Innovationsförderung zu erhöhen

- Ableitung erster Vorschläge zur Kooperations- und Organisationsstruktur der Wirtschaftsförderung u. a. bei der stärkeren Herausstellung von Kompetenzfeldern, der in der Stadt ansässigen Unternehmen, Hochschuleinrichtungen und Institutionen.

Die in den Teilabschnitten 4.1 bis 4.6 dargestellten Arbeitsergebnisse stellen nur ausgewählte Ergebnisse der in den einzelnen Arbeitspaketen vorgenommenen Untersuchungen dar. Die o.g. Einzeluntersuchungen sind in einem gesonderten Band des Gesamtgutachtens zusammengestellt.

2.1 Ermittlung der Ausgangssituation der Stadt Dessau-Roßlau

Eine der wesentlichen Schwerpunkte zu Beginn des Projektverlaufs war die Ermittlung der sozioökonomischen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen der Stadt Dessau-Roßlau. Ziel war es, die strukturellen Ausgangsbedingungen der Stadt zu erfassen und daraus erste Ansätze für die künftige inhaltliche Schwerpunktsetzung des Projekts ableiten zu können. Vertiefend wurden in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber mehrere Kurzstudien zu spezifischen Themen erarbeitet.

2.1.1 Sozioökonomische Analyse

In einem ersten Teilabschnitt wurde für einen **Landesvergleich** der Strukturkompass für Dessau-Roßlau ausgewertet. Der "Strukturkompass Sachsen-Anhalt" stellt eine wissenschaftlich fundierte Datensammlung zu statistischen Kennziffern dar. Die Datenbank umfasst Zeitreihen zu insgesamt über 60 Indikatoren auf Landkreis - und Bundesländerebene und wurde als gemeinsames Projekt des Statistischen Landesamtes des Landes Sachsen-Anhalt, der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sowie dem isw Institut im Jahre 2009 begründet. Bei der Analyse wurden folgende Themengruppen einbezogen

- Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit
- Bevölkerung, Gesundheit, Soziales
- Wirtschaft
- Infrastruktur und Verkehr
- Finanzen, Förderung und Personal
- Wohnungsmarkt.

Um ein schärferes Bild der sozioökonomischen Situation Dessau-Roßlaus zu erhalten, wurden dabei die Kennziffern Dessau-Roßlaus nicht nur den allgemeinen Landesdaten gegenübergestellt, sondern auch die jeweiligen Zahlen für die beiden anderen Oberzentren Halle und Magdeburg herangezogen.

Derzeit ist z.B. ein verlangsamter Bevölkerungsrückgang Dessau-Roßlaus zu beobachten. Die Altersstruktur Dessau-Roßlaus ist geprägt von einem hohen und wachsenden Anteil der älteren Generation. Die Zahl der in Dessau-Roßlau Beschäftigten ist nach der Wirtschaftskrise erst 2011 und nur geringfügig wieder gestiegen und ging 2011-13 sogar leicht zurück.

Der Anstieg seit 2013 liegt weit hinter dem Beschäftigungswachstum in Ostdeutschland zurück und ist auch geringer als im Durchschnitt Sachsen-Anhalts. Zum Teil ist er möglicherweise auch einem statistischen Effekt geschuldet (Erweiterung des Beschäftigtenbegriffs 2014). Im zweiten Teil der sozioökonomischen Analyse wurde für einen **Bundesvergleich** der Strukturindex ausgewertet. Im Rahmen eines bundesweiten Strukturindex wurden zentrale Kennziffern zur Abbildung der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Strukturen und Entwicklungsprozesse in den Kreisfreien Städten und Landkreisen zusammengeführt. Der Strukturindex gibt damit in kompakter Form einen groben Überblick über die sozioökonomischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Regionen der Bundesrepublik und zeigt insbesondere wesentliche regionale Strukturschwächen auf.

Speziell für Sachsen-Anhalt zeigen die Ergebnisse, dass im bundesweiten Vergleich neun der elf Landkreise und die beiden kreisfreien Städte Halle und Dessau-Roßlau als besonders strukturschwach bezeichnet werden können. Für die Stadt Magdeburg, den Saalekreis und den Landkreis Börde zeigt der Strukturindex zwar ebenfalls Werte im unterdurchschnittlichen Bereich, allerdings fallen hier die Kennzifferausprägungen in der Regel weniger ungünstig aus. Unter den Kreisfreien Städten verzeichnet Dessau-Roßlau mit 1,56 Indexpunkten den drittniedrigsten und Halle mit 1,76 Indexpunkten den sechsniedrigsten Wert. Im Fall von Dessau-Roßlau fallen dabei alle betrachteten Kennziffern ungünstiger oder sogar deutlich ungünstiger aus als der Durchschnitt bzw. Median aller 103 Kreisfreien Städte in Deutschland.

2.1.2 Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Ein wesentlicher Schwerpunkt bei der Erfassung der strukturellen Ausgangsbedingungen ist neben der sozioökonomischen Analyse auch die Einordnung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen der Stadt Dessau-Roßlaus. Im Rahmen der Finanz-Analyse wurden folgende Indikatoren genauer betrachtet:

Der Kommunale Finanzindex der Stadt Dessau-Roßlau fällt mit einem Wert von 3,75 Indexpunkten (Vorjahreswert: 3,55 Indexpunkte) nach wie vor höher aus als in Magdeburg und Halle. Zurückzuführen ist dieses Ergebnis auf den hohen Überschuss in der laufenden Rechnung (195 Euro/EW im Durchschnitt 2014-2015), das geringste Ausgabenniveau (Zuschussbedarf V: 1.713 Euro/EW im Durchschnitt 2014-2015) sowie den mittlerweile niedrigsten Bestand an Kassen- bzw. Liquiditätskrediten (121 Euro/EW im Jahr 2015) und Krediten beim nichtöffentlichen Bereich (309 Euro/EW im Jahr 2015) unter den Kreisfreien Städten.

Im Zeitraum 2008-2015 wies die Stadt jeweils einen Überschuss in der laufenden Rechnung auf, der vor allem in den Jahren 2011 und 2014 mit 204 und 220 Euro/EW besonders hoch ausfiel. Im Jahr 2015 lag der Überschuss bei 169 Euro/EW. Dessau-Roßlau profitierte dabei allem auch von einem deutlichen Zuwachs der allgemeinen Deckungsmittel, die zwischen 2010-2015 von 1.161 auf 1.441 Euro/EW gestiegen sind und womit die Stadt inzwischen einen höheren Wert als Halle und Magdeburg aufweist. Diese Entwicklung basiert in erster Linie auf einem deutlichen Anstieg der Steuereinnahmen von 508 im Jahr 2010 auf 726 Euro/EW im Jahr 2015.

Das Ausgabenniveau (Zuschussbedarf V) hat sich zwischen 2008-2015 von 1.385 auf 1.758 Euro/EW erhöht, liegt damit jedoch weiterhin deutlich unterhalb der Werte von Halle und Magdeburg. Trotz der aktuell vergleichsweise günstigen Finanzsituation geht die Bewertung der Haushaltsplanung der Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen des HKS LSA mit Stand 31.08.2016 von einer gefährdeten dauernden Leistungsfähigkeit aus. Hintergrund dieser Bewertung sind vor allem Fehlbeträge im Ergebnisplan des laufenden Haushaltsjahres (6,7 Mio. Euro) sowie in der Ergebnisplanung 2017-2019 (insgesamt 6,7 Mio. Euro). Der Haushaltsausgleich inklusive der Deckung der Fehlbeträge aus den Vorjahren ist nach derzeitigem Stand bis zum Jahr 2020 vorgesehen, kann jedoch im Haushaltskonsolidierungskonzept nicht schlüssig dargestellt werden. Der Abbau der Liquiditätskredite sowie der aufgelaufenen Fehlbeträge kann dagegen im Tilgungsplan schlüssig dargelegt werden. Als weitere Haushaltsrisiken werden der nicht gedeckte Haftungsumfang für Bürgschaften, Gewährverträge usw. sowie der überdurchschnittliche Personalbestand in der Kernverwaltung gesehen.

Hinsichtlich der sozioökonomischen Rahmenbedingungen weist Dessau-Roßlau das höchste Haushaltseinkommen je Einwohner und die geringste SGB II-Quote unter den drei Kreisfreien Städten auf. Demgegenüber fällt insbesondere die demographische Situation ungünstiger aus. Die Wirtschaftskraft (gemessen am BIP je Erwerbstätigem) ist merklich höher ausgeprägt als in Halle, jedoch etwas geringer als in Magdeburg. Ebenso weist die Arbeitsplatzdichte einen mittleren Wert auf.

2.1.3 Die Stadt Dessau in verschiedenen Regionenrankings

Betrachtet man aktuelle Städterankings, stellt man fest, dass Dessau-Roßlau bei den aktuellen Städterankings vergleichsweise schlecht abschneidet: Beim Zukunftsatlas 2016 der Prognos AG belegt die Stadt Platz 367 (von 402), beim Focus-Städteranking 2015 nimmt sie den 402. - und damit deutschlandweit den letzten Platz ein.

Generell können solche Platzierungen für betroffene Städte wie Dessau-Roßlau erhebliche negative Auswirkungen haben. So besteht die reale Gefahr, dass sich (Vor-)Urteile über Wirtschaftsregionen verfestigen und Standortentscheidungen beeinflusst werden. Auch der Aufbau eines „städtischen Selbstbewusstseins“ kann durch solche Ergebnisse erheblich erschwert werden.

Solche Konsequenzen sind gerade vor dem Hintergrund der häufig festgestellten methodischen Unzulänglichkeit solcher Städterankings äußerst problematisch. Im Rahmen solcher Städterankings werden häufig Indikatoren präsentiert, die außerhalb der städtischen Gestaltungsmöglichkeiten liegen bzw. nur teilweise von diesen beeinflusst werden können. Insofern sind mediale Präsentationen für viele Stadtspitzen umso ärgerlicher, weil Städte dort bewertet werden und „Zeugnisse“ ausgestellt bekommen, anhand von Kriterien, die wenig bis gar nichts aussagen über Anstrengungen, Effizienz und Wirkung städtischen Handelns. Zur Vereinfachung solcher Rankings fließen in der Regel auch nur empirisch messbare, sprich harte Standortbedingungen ein.

Im Rahmen der Kurzstudie wurden die Ursachen für das schlechte Abschneiden der Stadt Dessau-Roßlau analysiert, aber auch aktuelle Städterankings einer kritischen methodischen Bewertung unterzogen um potenzielle Schwachstellen solcher Rankings zu identifizieren. Dabei wurden folgende Rankings einbezogen:

- Focus Erfolgs Atlas
- Prognos Zukunftsatlas
- iw-consult
- Focus Money Landkreisranking 2017.

Insgesamt lassen sich folgende zusammenfassende Aussagen treffen:

- Eine wesentliche Schwäche der Rankings besteht darin, dass sie wirtschaftsstrukturelle Entwicklungsgegensätze, wie z.B. die transformationsbedingten Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, die Spezifika von Großstädten und des ländlichen Raumes nicht ausreichend berücksichtigen. Dies reduziert ihren konkreten spezifischen Aussagewert.
- Trotz des beschränkten Aussagewertes können Rankings Anhaltspunkte geben, auf Schwachstellen, Stärken und Handlungsbedarfe hinzuweisen. Dies ist allerdings umso schwieriger, je komplexer die Methodik der Datenverdichtung war, und je mehr Einzelindikatoren in Kategorien einfließen. Werden die Kategorien interpretiert wie ein hinter den Daten stehender Faktor, steht und fällt die Interpretation mit der Benennung oder Beschreibung der jeweiligen Kategorie durch die Autoren eines Rankings.
- Die Rankings berücksichtigen in zu geringem Umfang die Stadt-Umland-Problematik wie auch die Stellung von Städten im System Zentraler Orte (z.B. Oberzentren). Für Dessau-Roßlau z.B. sind die Beziehungen zu Industriestandorten wie Bitterfeld-Wolfen, Piesteritz oder Weißandt-Görlau von Bedeutung.
- Im Gegensatz zu klassischen Faktoren der Bewertung der Attraktivität (u.a. Demographie, Sachinvestitionen, Erwerbstätige, Arbeitslosen- und Sozialhilfe/Hartz-IV-Quoten, Bruttoinlandsprodukt und –wertschöpfung) werden sog. „weiche“ Standortfaktoren, wie z.B. landschaftliche und kulturelle Attraktionen, spezielle Bildungsangebote) nur wenig oder gar nicht berücksichtigt. Am Beispiel Dessau-Roßlau wird deutlich, dass das attraktive Umfeld der Stadt (Gartenreich, kulturelle Highlights) keinen Eingang in die Rankings findet

2.1.4 Entwicklung der Beschäftigung in den Unternehmen in Dessau-Roßlau 2013 - 2015 und ihre Auswirkung auf die Rangfolge

Der erarbeitete Kurzbericht konzentriert sich auf die Entwicklung der Beschäftigung in den größten Unternehmen der Stadt Dessau-Roßlau. Die amtliche Statistik kann hier nicht weiterhelfen. Bei den Beschäftigten- und Unternehmensdaten der Bundesagentur für Arbeit greifen Dominanzkriterien relativ schnell, so dass sich die Veröffentlichung vieler Daten auf Grund von Bestimmungen des Datenschutzes verbietet.

Um dennoch einen fundierten Einblick zu erhalten, wurde die seit 2013 im Jahresrhythmus erfolgenden Befragungen großer Unternehmen (veröffentlicht werden Daten von Unternehmen ab 50 Beschäftigten) in Anhalt durch die IHK Halle-Dessau als Analysebasis herangezogen.

Die Teilstudie kam zu folgenden wesentlichen Erkenntnissen:

- Während die Gesamtzahl der Beschäftigten in Dessau-Roßlau im Zeitraum 2013-2015 insgesamt zurückging, stieg die Zahl der Beschäftigten in den großen und größeren Unternehmen der privaten Wirtschaft in der Stadt.
- An der Spitze der Pyramide haben sich zwischen 2013 und 2015 Veränderungen vollzogen: IDT Biologika GmbH überholte die DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH und die Sitel GmbH als bisher beschäftigungstärkste Dessauer Unternehmen und ist nun das größte Unternehmen der Stadt.
- Die (prozentual) stärksten Beschäftigungsveränderungen finden sich in der Gruppe der kleinsten Unternehmen (50-125 Mitarbeiter 2013), insbesondere im Dienstleistungssektor.
- In den meisten Unternehmen blieb die Beschäftigung relativ stabil (Zuwachs oder Rückgang unter 10 Prozent). Dies trifft insbesondere auf große Unternehmen und auf Unternehmen des Produzierenden Gewerbes zu.
- Im Mittel weisen Dienstleistungsunternehmen größere Veränderungen der Beschäftigtenzahlen auf, in beide Richtungen. Bei den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes blieben die Beschäftigtenzahlen eher stabil. Die bestehenden Industrieunternehmen erweisen sich als Anker der Wertschöpfung in der Stadt.
- Besonders erfolgreich hat sich die Pharmabranche entwickelt. Im Fahrzeugbau, der in Dessau-Roßlau eine große Tradition hatte, ist die Beschäftigung hingegen zurückgegangen. Dies scheint symptomatisch für den Wandel der Wirtschaftsstruktur in Dessau-Roßlau.

2.1.5 Dessau-Roßlau in der Logistikdrehscheibe Mitteldeutschland

Die Logistikwirtschaft zählt mit rund 3 Millionen Beschäftigten im Kernbereich und über 5 Millionen Beschäftigten incl. der Zulieferbereiche und logistik-induzierten Beschäftigten in anderen Wirtschaftsbereichen mittlerweile zu den Schwergewichten der deutschen Volkswirtschaft. Als ein wichtiger Grund für den gestiegenen Bedeutungszuwachs des Wirtschaftszweiges Logistik wird u.a. die Osterweiterung gesehen, die die Europäische Union zu einem der größten zusammenhängenden Wirtschaftsräume der Welt machte. Neben den typischen Logistikstandorten Hamburg, Bremen und Frankfurt konnte sich insbesondere Mitteldeutschland durch zahlreiche Unternehmensansiedlungen als wettbewerbsfähiger Logistikstandort profilieren. Vor allem die günstige geografische Lage, die Nähe zu den Märkten in Osteuropa, die hervorragende Verkehrsinfrastruktur aber auch die gut ausgebildeten Arbeitskräfte sowie die günstige und hochwertige Gewerbeflächeninfrastruktur sorgen für die positive Entwicklung des Standortes.

Prägend sind vor allem die namhaften Unternehmen wie DHL, Amazon, arvato, ebay und sonstigen Distributoren insbesondere auf dem Gebiet der Zentraldistribution und des eCommerce-Fulfillments aber auch die Automobilwerke von Porsche und BMW und die großen Chemieparks in Schkopau, Leuna und Bitterfeld mit ihren Zulieferzentren und spezialisierten Logistikdienstleistern. Im Rahmen des Projekts „Gesamtwirtschaftliches Zukunftskonzept“ wurde daher auch der Standort Dessau-Roßlau in der Logistik-Drehscheibe Mitteldeutschland untersucht. Auf Basis einer wissenschaftlichen Eignungsanalyse als Logistikstandort lassen sich folgende Standortpotenziale festhalten:

- **Potenzial 1** als Standort für Zentraldistribution durch multimodale Anbindung und zentrale Lage im Dreieck Berlin-Leipzig-Magdeburg
- **Potential 2** als trimodaler Massengüterumschlagspunkt durch Elbhafen und Schienenknoten (Hafenhinterlandverkehre)

Wesentliche Standortvorteile sind die Erreichbarkeit (mehr als 180 Mio. Konsumenten sind innerhalb von 10h LKW-Fahrt erreichbar) sowie die Verfügbarkeit von Großparzellen mit relativer Nähe zur A9 und dem Flughafen Leipzig-Halle. Wesentliche Standortnachteile sind die vergleichsweise schlechte Autobahnanbindungen (Ortsdurchfahrten) sowie die bisher fehlende lokale Präsenz international agierender Logistik-Dienstleister. Zudem ist der Standort bisher noch kein etablierter Logistik-Standort nach Fraunhofer-SCS-Klassifizierung. Zur besseren Positionierung der Stadt in den Logistikstandort Mitteldeutschland wurden folgende Aufgaben vorgeschlagen:

- Kontaktaufnahmen (ggf. Mitgliedschaft): Netzwerk Logistik Leipzig-Halle, Logistikregion Halle, Logistikbeirat LSA, Logistikinitiative LSA, EMMD AGn „Wirtschaft“ + „Verkehr“
- Überarbeitung Einträge in „immosis“ (interaktive Gewerbeflächenkarte EMMD)
- Standortbesichtigung durch Fraunhofer SCS, ggf. Standort-GA
- Standort- u. Flächenpositionierung bei Vermarktern und Entwicklern (z.B. Aengevelt, bnp paribas RE, Gazeley, Goodman, prologis, Garbe et al.)

2.2 Entwicklung der Pendlerverflechtungen in Dessau-Roßlau

Der Kurzbericht „*Entwicklung der Pendlerverflechtungen in Dessau-Roßlau*“ untersucht die Pendlerverflechtungen zwischen der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau und den benachbarten Landkreisen und kreisfreien Städten, sowie weiteren kreisfreien Städten und Gruppen von Landkreisen und Ländern, mit denen nennenswerte Pendlerverflechtungen bestehen. Dabei wurde, wo es nötig erschien (d.h., wo eine mittelbare Betroffenheit Dessau-Roßlaus vorlag), auch auf Pendlerbeziehungen zwischen den übrigen räumlichen Einheiten eingegangen.

Die Untersuchung beschränkt sich auf das berufliche Pendeln von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern. Geringfügig Beschäftigte sind darin ebenso nicht enthalten wie Beamte, Angehörige der Bundeswehr oder Studenten an Universitäten, Hoch- oder Fachschulen (Auszubildende in Unternehmen zählen jedoch dazu). Eine weitere Einschränkung erfolgt im Hinblick auf den Untersuchungszeitraum und die Zeitpunkte. Umfassend ausgewertet wurden Daten zum beruflichen Pendeln 2008, 2011, 2013 und 2016. Hinzu kamen weitere Datensätze aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Die Untersuchung selbst geschah nicht zum Selbstzweck. Die jeweiligen Ergebnisse der Verfolgung groß- und kleinräumiger Tendenzen von Beschäftigung, Beschäftigungsstrukturen, Arbeitsplätzeverteilung und Pendlerverflechtungen stellen wichtige Grundlagen dar für

- die Bewertung von Strategien der Raumordnung und Wirtschaftsförderung
- der Funktionalität der Zentralörtlichen Gliederung
- der Konzentration der Wirtschaftsförderung
- der Erfolgskontrolle bis hin zu standörtlichen Entwicklungen
- der Erarbeitung von Fachplanungen, insbesondere von Nahverkehrsplänen und Verkehrskonzepten, konkret in Richtung Angebotsgestaltung zur Realisierung der Pendlernachfrage

Folgende Kernaussagen zu den Pendlerverflechtungen lassen sich treffen:

- Seit 2015 steigt die Zahl der mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) besetzten Arbeitsplätze in Dessau-Roßlau wieder. Die Zahl der SVB mit Wohnsitz in Dessau-Roßlau begann schon ein Jahr früher zu steigen. Das Festhalten am Wohnort Dessau-Roßlau trotz des Arbeitsplatzabbaus in den Jahren zuvor ist einerseits ein Indiz für die Wertschätzung der Stadt in den Augen ihrer Bürger, sicher aber auch typisch für eine stark gealterte Bevölkerung, die sich auch in der Altersstruktur der Beschäftigten widerspiegelt. Es ist davon auszugehen, dass der Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt sich fortsetzen wird, wenn es gelingt, hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen und die Attraktivität der Stadt als Wohnort insbesondere für Hochqualifizierte zu stärken.

- Die Zahl der Auspendler (und der Einpendler) ist in allen benachbarten Landkreisen und kreisfreien Städten gewachsen (die Zahl der Einpendler nach Dessau-Roßlau ging zwar zurück, aber nur gering); es wird also insgesamt mehr gependelt in der Region. Ein Grund hierfür könnte in der einsetzenden Verjüngung der Bevölkerung liegen, die neue Bindungen (Arbeitsplätze der Ehepartner, Kindergarten- und Schulplätze der Kinder) an unterschiedliche Orte schafft. Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen unterschiedlicher Altersgruppen bestätigen dies auch für Dessau-Roßlau: Obwohl der Altersdurchschnitt der Bevölkerung steigt und die Bevölkerungszahl sinkt, wachsen die Zahlen der Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern. Die Zahl der 20 bis 25-Jährigen ist in den letzten Jahren allerdings weiter zurückgegangen.
- Überraschend hoch ist der (bis 2013 positive!) Pendlersaldo mit Berlin. Die relativ hohen Einpendlerzahlen dürften auf die Verlegung des Hauptsitzes des Umweltbundesamtes nach Dessau im Jahr 2005 zurückzuführen sein. Inzwischen geht die Zahl der Einpendler aus Berlin langsam zurück (während die Zahl der Auspendler nach Berlin steigt). Die Zahl der Einpendler aus den südlichen kreisfreien Städten und Landkreisen Brandenburgs ist 2008-2011 gestiegen; 2013-2016 war sie nahezu unverändert und weiterhin deutlich über der Zahl der Auspendler in diese Region. Die Zahl der Einpendler aus dem Norden Brandenburgs geht indes zurück.
- Die mit den weiter entfernt gelegenen kreisfreien Städten und Landkreisen Sachsens, Brandenburgs und Thüringens sowie mit den übrigen Landkreisen Sachsen-Anhalts bestehenden Fernpendlerbeziehungen wurden für die betreffenden Gruppen kreisfreier Städte und Landkreise ebenfalls untersucht. Bei diesen scheint die Entfernung eine wichtige Rolle zu spielen. Die Zahlen der Auspendler nach Sachsen (ohne Leipzig und Umgebung) wie auch in den entfernteren Norden, Westen und Süden Sachsen-Anhalts waren rückläufig. Gestiegen sind die Zahlen der Auspendler nach Thüringen (2008-11 und 2013-2016) und in den Norden Brandenburgs (nur 2013-2016).
- Die Zahl der Einpendler aus allen diesen Regionen ging zurück. Dagegen ist die Zahl der Fernpendler aus den übrigen Ländern Deutschlands (d.h. aus Mecklenburg-Vorpommern und den alten Bundesländern) nach Dessau-Roßlau 2013-2016 wieder deutlich gestiegen, während die (deutlich höhere) Zahl der Fernpendler in diese Länder nur leicht zugenommen hat.

2.3 Analyse des Fördermitteleinsatzes der Stadt Dessau-Roßlau

Seit Anfang der 90er Jahre wird der sozioökonomische Wandel in Dessau-Roßlau durch eine Vielzahl von politischen Prozessen begleitet und unterstützt. Um den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu unterstützen und wichtige Weichenstellungen für die Zukunftsfähigkeit des Landes vorzunehmen wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, z. B. der Ausbau der überregionalen Straßen und Schienenwege, die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, der Aufbau wettbewerbsfähiger Strukturen, insbesondere die Ausweisung von Gewerbeflächen, die Stärkung der Wissenschaftsinstitutionen sowie die Sanierung, Modernisierung oder der Neubau von Wohnungen. Trotz der insgesamt positiven Entwicklung ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gelungen, ein homogenes wirtschaftliches Niveau herzustellen.

Noch immer bestehen z.T. deutliche regionale Unterschiede hinsichtlich der regionalen Leistungsfähigkeit sowie der Entwicklungsdynamik im Land. In Abstimmung mit dem Auftraggeber wurde eine Untersuchung zum aktuellen Stand des Fördermitteleinsatzes erarbeitet. Der Schwerpunkt liegt in der Analyse der GRW-Förderung seit 1991 sowie der FuE-Projektförderung der Stadt im Vergleich mit den beiden anderen Oberzentren. Ein **erster Kurzbericht** (Zahlen bis 2015) wurde dem Auftraggeber am 22.11.2016 im Rahmen eines Gesprächs mit der damaligen Leiterin des Amts für Wirtschaftsförderung übergeben. Im März 2017 wurde vom Auftragnehmer eine **Aktualisierung sowie Ergänzung des Kurzberichts** (Auswertung der Quartalsberichte zur GRW-Anträgen in Dessau-Roßlau 2016) vorgenommen und dem Auftraggeber im Rahmen des Workshops vom 23.03.2017 überreicht.

In Bezug auf den **Fördermitteleinsatz** lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

- Gemessen an der Gesamtsumme der gewährten Zuschüsse 1991-2016 im Bereich Infrastruktur sowie Gewerbliche Wirtschaft schneidet die Stadt Dessau-Roßlau im Vergleich mit den beiden Oberzentren Halle und Magdeburg am Schlechtesten ab. Diese Einschätzung relativiert sich, wenn man die Einwohnerzahl in das Verhältnis zu den gewährten Zuschüssen setzt. Hier belegt Dessau-Roßlau mit 1594 EUR je Einwohner (2070 EUR im Bereich Gewerbliche Wirtschaft) den ersten Platz unter den Oberzentren.
- Betrachtet man die Anteile am Zuschussvolumen der GA Förderung Gewerbliche Wirtschaft in Sachsen-Anhalt nach Förderperioden, ist eine klare Steigerung des Zuschussanteils zu beobachten.
- Betrag der Anteil vor 2000 noch 1,6%, so erreicht Dessau-Roßlau für die Förderperiode 2014-2020 einen Anteil von 4,4% am Gesamtvolumen.
- Im Bereich FuE-Projektförderung fällt Dessau-Roßlau im Vergleich zu den beiden anderen Oberzentren sowohl bei der Summe der Zuschüsse als auch bei den Anteilen am gesamten Zuschussvolumen signifikant ab.
- Die Auswertung der GRW-Quartalsberichte zeigt, dass in Dessau-Roßlau im Jahr 2016 sechs GRW-Anträge - die alle dem Bereich Gewerbliche Wirtschaft zuzuordnen sind - bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht wurden. Das beantragte Zuschussvolumen beträgt knapp 6,4 Mio. EUR, wobei ein großer Teil (4,5 Mio. EUR) einem GRW-Antrag zuzuordnen ist. Dies ist aus Sicht des Auftragnehmers insgesamt zu wenig um eine Impulswirkung für die Stadt auslösen zu können.
- Mit Stand 31.12.2016 vermerkt die Investitionsbank acht Anträge mit einem Zuschussvolumen von insgesamt etwa 20,6 Mio. EUR aus Dessau-Roßlau in ihrem Bestand. Mit den beantragten Zuschüssen wird angestrebt, 246 bestehende Arbeitsplätze zu sichern. 92 Arbeitsplätze sollen durch die GRW-Förderung neu geschaffen werden. Damit ist eine klare Schwerpunktsetzung der eingereichten GRW-Anträge auf die Sicherung bestehender Arbeitsplätze zu verzeichnen.
- Wenn im Jahr 2017 keine weiteren GRW-Anträge eingereicht werden, ist eine Verschlechterung die Jahresscheibewerte für Dessau-Roßlau hinsichtlich Bewilligung und Auszahlung von GRW-Mitteln zu befürchten.

2.4 Bestandsaufnahme und Bewertung der vorhandenen Gewerbegebiete des Oberzentrums Dessau-Roßlau und Erstellen eines Argumentationspapiers für den innerstädtischen Meinungsbildungsprozess

Im Rahmen des Workshops „Strategische Herangehensweise an das Zukunftskonzept Dessau-Roßlau“ am 12. Januar 2017 wurde der Auftragnehmer von der Stadt Dessau-Roßlau gebeten, eine kurze Analyse der bestehenden Gewerbegebiete in Dessau-Roßlau vorzunehmen und somit den innerstädtischen Meinungsbildungsprozess zu unterstützen (). Besonderes Augenmerk sollte hierbei auf die Eignung der vorhandenen Gewerbeflächen der Stadt Dessau-Roßlau für die Ansiedlung von Logistik- bzw. logistikaffinen Unternehmen gelegt werden.

Der erarbeitete Kurzbericht umfasst eine Erläuterung der Bewertungskriterien sowie die Bewertung der vorhandenen Gewerbegebiete und eine Einschätzung der Eignung für die Ansiedlung von Logistik- bzw. logistikaffinen Unternehmen. Zur Bewertung der Gewerbegebiete wurde eine Bestandsaufnahme durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurden die Daten für die elf größten vorhandenen Gewerbegebiete der Stadt Dessau-Roßlau auf den einschlägigen Internetseiten recherchiert und zusammengetragen.

Die ermittelten Gewerbeflächen wurden anhand folgender Kriterien bewertet:

1. größte verfügbare Fläche ≥ 10 ha
2. direkte Anbindung an eine Bundesstraße
3. Entfernung zur Autobahn < 10 km
4. Vermeiden von Ortsdurchfahrten
5. Möglichkeit des 24h-Betriebes
6. Eigentumsverhältnisse

Im Ergebnis hat die Bestandsaufnahme erwiesen, dass vom gesamten Gewerbeflächenangebot der Stadt Dessau-Roßlau kein Standort den o.g. Anforderungen voll und ganz entspricht. Dies steht auch nicht im Widerspruch zum Gutachten der Empirica, die ein Gesamt-Flächenangebot von deutlich mehr als 200 ha mit fast 150 ha (mit fast 150 ha ≥ 5 ha-Parzellengröße) konstatiert hatten. Auch im Empirica-Bericht wird auf vielfache Nutzungseinschränkungen hingewiesen, so dass die vermarktbar Gesamfläche deutlich geringer als die nominell verfügbare ist. Auch die geringen Flächenumsätze in der jüngeren Vergangenheit sind kein Beleg für eine nur geringe Nachfrage, die größere Entwicklungen nicht rechtfertigt, da die tatsächliche Nachfrage erst durch ein attraktives Angebot generiert wird („Henne & Ei-Problem“). Aus kaufmännischer Sicht kann dies so ausgedrückt werden, dass das mittlerweile seit längerer Zeit im Bestand verbliebene Gewerbeflächenangebot (z.T. „Ladenhüter“) der Stadt Dessau-Roßlau nicht mehr marktgerecht und daher für die Umsetzung des gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzepts wenig zuträglich ist. Isw/AHP leiteten hieraus die Empfehlung ab, nahe der A9 ein Nachfrage- und Markt-kompatibles GI-Gebiet mit einer Gesamfläche von ≥ 100 ha und nahezu direktem BAB-Anschluss zu entwickeln, das den o.g. Mindestanforderungen entspricht.

Sollte es hierfür erforderlich sein, das vorhandene Angebot an Gewerbeflächen zu reduzieren (sog. „80%-Kriterium“), so sollte geprüft werden, ob dafür die nicht oder nur mit größten Schwierigkeiten vermarktbar Parzellen des bestehenden Gewerbeflächenangebots – sofern ohne größeren (finanziellen) Schaden möglich – entwidmet werden können. Hinsichtlich einer eventuellen Ent- oder Umwidmung von bereits ausgewiesenen Gewerbeflächen sind jedoch im Einzelfall folgende mögliche Auswirkungen und Machbarkeitsvoraussetzungen zu klären:

- Räumliche Voraussetzungen (Rest-/Splitterflächen, Abtrennbarkeit)
- Auswirkung auf betroffene Flächen im Privateigentum (Herabstufung der bauleitplanerischen Baunutzungsstufe entspräche einer faktischen Enteignung, erhebliche Widerstände, juristische Auseinandersetzungen und finanzielle Kompensationsleistungen wären zu erwarten.)
- Sofern noch innerhalb der Zweckbindungsdauer erfolgend, Auswirkungen auf evtl. bereits ausgereichte GRW-Mittel für die Erschließung (Unterschreitung des Nettobelegungskriteriums, Einhaltung des Primäreffekts, evtl. Rückforderungen, Höhe etc.)
- Bei bereits erfolgter Erschließungs-Beitragserhebung (sowohl nach BauGB als auch nach KAG), Auswirkungen auf die Globalkalkulation und die Refinanzierung des Netto-Erschließungsaufwandes.

Auf Basis des Workshops vom 23.03.2017 wurde vereinbart, dass weitere Absprachen der WiFö mit der Investitionsbank S.-A. zeitnah erfolgen sollen.

2.5 Analyse des Internetauftritts des Amtes für Wirtschaftsförderung der Stadt Dessau-Roßlau und Identifikation von Ansatzpunkten zur Optimierung der Website

Im Rahmen des Workshops „Strategische Herangehensweise an das Zukunftskonzept Dessau-Roßlau“ am 12. Januar 2017 wurde der Auftragnehmer von der Stadt Dessau-Roßlau gebeten, eine kurze Analyse der Internetauftritte der Stadt Dessau (www.dessau.de) sowie des Amtes für Wirtschaftsförderung (www.dessau-rosslau-wirtschaft.de) vorzunehmen. Der Kurzbericht umfasst zum einen eine prägnante, stichpunktartige Bewertung der o.g. Seiten hinsichtlich Inhalten, Navigation und Design; zum anderen einen Vergleich mit Internetseiten anderer kommunaler Wirtschaftsförderungen in der Region. Auf Basis der vergleichenden Analyse wurden mögliche Ansatzpunkte für eine weitere Optimierung der Homepage identifiziert.

Schwerpunkt ist die Analyse der Internetseite der Wirtschaftsförderung Dessau-Roßlau. Hierbei wurden folgende Parameter einbezogen:

1. Gesamteindruck/Layout
2. Inhalte/Aktualität
3. Nutzerfreundlichkeit
4. Technische Aspekte (z.B. Ladezeiten, Optimierung für Smartphones, etc.)
5. Vergleich mit anderen Wirtschaftsförderungen

Für den Vergleich wurden die Internetpräsenzen der folgenden Städte herangezogen:

- **Stadt Halle** (<http://www.halle-investvision.de>)
einzig Webseite der Stadt Halle mit direktem alleinigen Bezug zur Wirtschaftsförderung
- **Stadt Magdeburg** (<http://www.magdeburg.de/Start/Wirtschaft-Arbeit/Wirtschaftsdezernat>)
eingegliedert in die Webseite der Stadt Magdeburg
- **Stadt Leipzig** (<http://www.leipzig.de/wirtschaft-und-wissenschaft>)
eingegliedert in die Webseite der Stadt Leipzig.

Als Ergebnis kann festgestellt werden, dass die Webseite der Wirtschaftsförderung Dessau-Roßlau modern ist und den neuesten technischen Anforderungen genügt. Die Inhalte sind strukturiert und man erhält einen guten Überblick zu allen relevanten Themen, die im Zusammenhang mit städtischer/kommunaler Wirtschaftsförderung stehen. Eventuell sollte eine Anpassung an das Corporate Design der Stadt Dessau-Roßlau vorgenommen werden. Einige Texte sollten inhaltlich gekürzt werden bzw. Fließtexte sollten durch überzeugende schlagwortartige Stichpunkte ersetzt werden. Mögliche Zusatzfunktionen/-inhalte zur weiteren Optimierung der Internetpräsenz der Wirtschaftsförderung Dessau-Roßlau wären:

- Suchmaschine: Investor-Kandidat gibt gewünschte Standortmerkmale ein, SM liefert Standortkandidaten (techn. Basis: GIS)
- RSS-feed: Möglichkeit der Anmeldung für aktuelle Meldungen/News aus Dessau-Roßlau
- Personalisierung: Statements von Testimonials
- Vermarktung UBA (bisher als Standortmerkmal/-faktor nicht sichtbar)
- „Medien-Paket“ (wie Pressemappe), Marketingpaket (für ortsansässige Partner)
- „landing pages“ für besondere Zielgruppen.

3. Megatrends in der Wertschöpfung – Zukunftstrends als Handlungsansätze

Aufbauend auf der Bewertung der Ist-Situation der Stadt Dessau-Roßlau und der Ableitung von ersten Handlungsansätzen auf Basis der Stärken-Schwächen-Analyse wurden ausgewählte gesellschaftliche und technologische Megatrends hinsichtlich ihrer Bedeutung für das künftige Handeln der Wirtschaftsförderung bewertet. Hierbei wurden die vom „Bundesverband der Industrie (BDI)“ exemplarisch im Rahmen der Studie Deutschland 2030 – Zukunftsperspektiven der Wertschöpfung“ herausgearbeiteten 15 Zukunftstrends der Wertschöpfung zugrunde gelegt.

Stellvertretend für eine Reihe von – in der Studie aufgezeigten - Ansätzen seien hier nur einige Handlungsfelder der Wirtschaft der Stadt Dessau-Roßlau benannt, die sich in den vorgeschlagenen Schwerpunktsetzungen des Zukunftskonzeptes niederschlagen.

Aktuelle Trends (auf Basis der 15 definierten Zukunftstrends)

1. und 2. *Zunehmende Bedeutung von branchenübergreifenden internationalen Wertschöpfungspartnerschaften (cross-sektorale Kooperation, Internationalisierung, Globalisierung)*

Die Entwicklung des BioPharmaParks mit Vor- und nachgelagerten Branchen und das Setzen auf das marktnahe Agieren in den jeweiligen Zielmärkten stehen insbesondere für die Aufstellung der Unternehmen im Pharma-Bereich. Ansässige Unternehmen wie IDT Biologika sind teils global agierende Unternehmen, deren internationale Position u. a. dadurch gestärkt werden kann, dass der Standort international wettbewerbsfähig ist und bleibt! Ein wesentlicher Aspekt hierbei ist z. B. die Integration der Aktivitäten von Unternehmen im Bio-Pharma-Park in die Innovationslandschaft Mitteldeutschlands, verstärkt durch den Aufbau eines Biotranslationszentrums.

3. *Verringerung der Fertigungstiefe – Reduzierung der Wertschöpfungstiefe (Konzentration auf Kerngeschäft – Outsourcing)*

Die Perspektiven der „DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH“ als einer der größten industriellen Arbeitgeber der Stadt ist stark von Trends zur Industrie 4.0 und Outsourcing gekennzeichnet. Hierbei ist die Verringerung der Wertschöpfungskette eines Unternehmens das Alleinstellungsmerkmal. Im Bereich ist die Rekonstruktion von Elektro-Loks ein Prozess, der gerade für Unternehmensentwicklungen im Umfeld neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet. Beispiele hierfür sind Möglichkeiten zum Einsatz von 3-D-Druckern zur Verringerung des Lagerbestandes an Ersatzteilen sowie Dienstleistungen im Umfeld des Service-Bereiches des Unternehmens.

4./5./6. Wachsender Anteil von Dienstleistungen und Wissensintensivierung an der Wertschöpfung verbunden mit Wandel an Kundenanforderungen

Diese Megatrends beeinflussen u. a. die Entwicklung der Möbelindustrie in der Stadt und die Bedeutung des Produktdesigns. Die verstärkten Anstrengungen von Unternehmen zur Entwicklung des Kompetenzfeldes Design, das anknüpfend an den Bauhaustraditionen neue Wege für den Möbelbau der Zukunft aufzeigen soll, orientiert sich einerseits an den Wandel der Kundenanforderungen hinsichtlich Einsatz von Materialien, Formgebung und Nachhaltigkeit. Andererseits spielt der cross-sektorale Ansatz, d. h. die Nutzung von Design zur Produkt- und Verfahrensentwicklung in vor- und nachgelagerten Branchen eine zunehmende Rolle bei der Entwicklung neuer Geschäftsfelder.

7./8./9. Individualisierung und Personalisierung von Angeboten/Automatisierung/Digitale Integration

Diese Megatrends, die eng mit dem Thema „Digitalisierung und Wirtschaft 4.0“ verbunden sind, beeinflussen alle Wirtschaftsbereiche, d.h. Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungssektor. Hierbei geht es nicht allein um die Einführung digitaler Technologien in die bewährten Arbeitsprozesse. Digitalisierung als Veränderungsprozess umfasst alle Aspekte der Unternehmen, schließt alte und ggf. neue Produkte, Dienstleistungen, Organisation, Abläufe und Selbstverständnisse ein und zielt auf die Erschließung neuer Wertschöpfungsmöglichkeiten aus Daten und intelligenter digitaler Verarbeitung dieses neuen „Rohstoffs“.

Viele Unternehmen scheuen diese Veränderungen und den zugehörigen Aufwand. Man ist froh, digital bisher einigermaßen „über die Runden gekommen zu sein“, fürchtet einen unbestimmten Zwischenzustand (in dem dann nichts mehr funktioniert und die Kunden verärgert abspringen) und ist durch den zunächst unübersehbaren technischen, finanziellen und auch Wissenserwerbs-Aufwand überfordert. Im Sinne der betrieblichen Daseinsvorsorge (Sicherung der künftigen Wettbewerbsfähigkeit) ist der Weg in die Digitalisierung jedoch für fast alle Unternehmen unvermeidlich. Die „Schmerzen des Wandels“ werden durch weitere Verzögerungen nur vergrößert. Für einige Branchen ist sogar der Verlust der Anschlussfähigkeit zu befürchten.

Für die Wirtschaftsförderung der Stadt Dessau-Roßlau ergeben sich aus diesem Spannungsfeld für den bereits vorhandenen Unternehmensbestand wie auch für potenzielle Neuansiedlungen sowohl Herausforderungen wie auch Chancen. Mittelstands-Unterstützungsprogramme zur Bewältigung z.B. des Digitalen Wandels existieren zwar in beeindruckender Menge auf den unterschiedlichen Förderebenen. Die bedarfsgerechte Identifikation, Auswahl und der Zugang zur Förderung überfordert jedoch häufig die Kompetenzen mittelständischer Unternehmen. Hier kann ein standortrelevanter Unterschied durch kompetente Unterstützung der Wirtschaftsförderung geschaffen werden.

10. *Neue digitale Logistikkonzepte*

Erfolgreichen und wachsenden Wirtschaftssektoren gemein ist die Vielseitigkeit, Konzentration auf Kernkompetenzen, Exzellenz in der jeweiligen Spezialisierung und Dynamik der ständig wachsenden Kundenanforderungen. Dementsprechend muss auch die passende Logistik maßgeschneiderte Lösungen (customized logistics, value-added logistics, cloud logistics, supergrid logistics → Logistik 4.0) bieten. Diese maßgeschneiderten Lösungen im Unterschied zu vorhandenen Standard-Lösungen herauszuarbeiten und erfolgreich in kollaborativen Geschäftsmodellen am Markt zu positionieren, stellt eine der Haupt-Chancen und Herausforderungen für die Entwicklung und das Management von international wettbewerbsfähigen Logistik-Hubs dar.

11./12./14. *Verstärkter Einsatz von Materialien mit neuen Eigenschaften, Wandel der Rohstoff-Situation und zunehmende Bedeutung von Nachhaltigkeit*

Der im Rahmen des „Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes“ entwickelte Projektansatz „Bauhaus 2.0“ stellt die Entwicklung neuer klimaschonender Materialien z.B. aus der Verbindung von Beton und Carbonfasern bzw. aus sonstigen Carbonfaser-basierten mineralischen Verbundbaustoffen in den Mittelpunkt. Hierdurch entstehen neue Produkteigenschaften, die zugleich neue Gestaltungsmöglichkeiten und -anforderungen im Architekturbereich eröffnen. Eine Bezugnahme auf die Bauhaustradition ist gewollt und öffnet den Blick in Richtung Zukunftsgestaltung der Bauhausidee insbesondere unter dem Aspekt von Klimawandel und Nachhaltigkeit.

Die oben gekennzeichneten Trends in der Wertschöpfung markieren Veränderungen, auf die sich die Unternehmen einstellen müssen. Hierbei ist Form und Intensität der Umsetzung der Trends in den einzelnen Branchen und Unternehmen äußerst unterschiedlich. Zugleich müssen diese Entwicklungstrends seitens der Wirtschaftsförderung Beachtung finden, stellen sie doch gerade die Rahmenbedingungen dar, an denen sich Ansatzpunkte für die Unterstützung von Unternehmen in ihrem strukturellen Anpassungsprozess aufzeigen lassen. So basieren die Vorschläge für Handlungsfelder und umsetzungsorientierte Projekte und Maßnahmen zur Gestaltung des „Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes ...“ auch aus der Ableitung von Erfordernissen der dargestellten Megatrends auf die konkrete Entwicklung der Wirtschafts- und Innovationspotenziale in der Stadt.

4. Prioritäre Ziele, Handlungsfelder und Projekte

4.1. Bestandspflege von Unternehmen verbessern / Stärkung der Wirtschaftsförderung

Eine wesentliche Grundlage für die weitere Entwicklung der Stadt Dessau-Roßlau sind die Kompetenzen von Stadt, Unternehmen und Institutionen, verstärkt öffentliche Mittel in der Stadt zu binden. Dies trifft insbesondere auf Mittel aus Bereichen der Wirtschafts-, Innovations- und Infrastrukturförderung zu, die vom Land, dem Bund aber auch der EU ausgereicht werden. Hier hat Dessau-Roßlau im Vergleich mit anderen Oberzentren Defizite, die sich negativ z.B. auf die Unternehmensentwicklung auswirken. Besonders gravierend ist der Rückstand bei der Wahrnehmung von öffentlichen Mitteln im Bereich der Innovationsförderung. Ursachen liegen hierbei u.a. um das Wissen zu Förderprogrammen bei den Unternehmen, eine gewisse Scheu das teilweise komplizierte Bewilligungs- und Abrechnungsprozedere durchzuführen, aber auch in nicht ausreichend genutzten Chancen, zur Verbesserung der Kommunikationsprozesse zu den relevanten Ministerien und der Investitionsbank des Landes. Von besonderer Bedeutung für Dessau-Roßlau ist nicht zuletzt auf Basis der erarbeiteten Fördermittelanalyse seitens des AN und der Problemdiskussion mit Stadt, Investitionsbank, isw / AHP die **unterdurchschnittliche Nutzung** von

- GRW-Mitteln zur Bestandspflege von Unternehmen
- Mitteln der Innovationsförderung.

Da hier Zukunftspotenziale der Stadt im investiven wie im innovativen Bereich nicht ausreichend genutzt werden im Vergleich mit ähnlichen Städten, liegt gerade in diesem Handlungsfeld ein Schwerpunkt im Rahmen des „Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes ...“. Wesentlich ist hier insbesondere die Einordnung von Entwicklungsvorstellungen von Unternehmen und Institutionen der Stadt in die „Regionale Innovationsstrategie“ des Landes. Hierzu wurden u. a. im Rahmen der Gespräche mit den Akteuren der Stadt konkrete Umsetzungsmaßnahmen zur Einbindung von Aktivitäten der Stadt in die jeweiligen Landesstrategien vereinbart. Im Ergebnis des dargestellten methodischen Vorgehens wurden konkrete Entwicklungsziele sowie Handlungsfelder und umsetzungsorientierte Maßnahmen und Projekte unter besonderer Berücksichtigung der fördertechnischen Begleitung vorgeschlagen. Die höhere Ressourcenbereitstellung für die Bestandspflege gehört zu den prioritären Projekten der Wirtschaftsförderung und muss unbedingt verstärkt werden. Hierzu sind jedoch Prioritätensetzungen der Wirtschaftsförderung und damit im Zusammenhang stehende Veränderungen wie auch Ressourceneinsätze innerhalb der Stadtverwaltung zu beleuchten. Der verstärkte Trend der Entwicklung der Wirtschaftsförderung in Richtung Ansprechpartner für die Unternehmer ist zu begrüßen und weiter zu gestalten. Hierbei muss innerhalb der Stadtverwaltung das Profil der Wirtschaftsförderung als „erster Ansprechpartner“ für Unternehmen der Stadt sowie potentielle Investoren deutlich verstärkt werden.

So muss die Wirtschaftsförderung nach innen in ihrer Rolle als koordinierender Ansprechpartner zwischen den Ämtern und damit auch als „Mittler“ bei Problemen gestärkt werden. Diesbezüglich sollten die Ämterinteressen dazu genutzt werden, diese Funktion auszubauen. Nach außen sollte die Wirtschaftsförderung das Aushängeschild einer „Willkommenskultur“ für die gesamte Stadtverwaltung sein, in dem sie als koordinierender Partner der Wirtschaft ihre Koordinationsfunktion innerhalb der Stadtverwaltung ausbaut.

Handlungsfelder / Projekte

4.1.1. Bestandpflege von Unternehmen verbessern

Die Bestandpflege sowie die Potenzialentwicklung vorhandener Unternehmen insbesondere in den Branchen, von denen starke Wachstumsimpulse ausgehen und somit für die Wirtschaftsstruktur der Stadt eine herausragende Rolle insbesondere hinsichtlich der regionalen Verankerung einnehmen, muss für die Arbeit der Wirtschaftsförderung eine herausragende Rolle spielen. Dies geht nur über die **Stärkung der Rolle der Wirtschaftsförderung in der Stadt (Stadtverwaltung)** speziell für dieses Aufgabengebiet.

Hierbei spielen zwei untersetzende Handlungsfelder eine wesentliche Rolle:

4.1.2 Aufgabenpräzisierung der Wirtschaftsförderung / Ressourceneinsatz

Ein wesentliches Ergebnis des Gutachtens ist die Empfehlung an die Stadt, die Schwerpunktsetzung der Wirtschaftsförderung in Richtung Pflege des Unternehmensbestandes zu verändern. Bisher beschäftigt sich eine überwiegende Zahl der Mitarbeiter im Bereich der Wirtschaftsförderung mit der Begleitung von GRW-Infrastrukturprojekten. Dies ist auch in Zukunft wichtig, sollte jedoch vom Ressourceneinsatz her unbedingt durch eine Aufwertung der Bestandpflege für Unternehmen ergänzt werden. Hierzu sollten die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen deutlich in Richtung Bestandpflege ausgebaut werden.

4.1.3 Arbeitskreis Fördermittel: Stadt, Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Stadtwerke, isw / AHP

Zur Stärkung der Rolle der Wirtschaftsförderung gehört auch die Verbesserung der Möglichkeiten zur Nutzung externer Finanzierungsmittel insbesondere für die Bereiche Unternehmens-, Innovations- und Infrastrukturentwicklung. Der in 2017 im Rahmen der Gutachterbearbeitung gebildete Arbeitskreis von Stadt / Wirtschaftsförderung, Stadtwerken, Investitionsbank des Landes (IB) sowie isw / AHP soll effiziente Wege des Zusammenwirkens von Stadt / Stadtwerke und Investitionsbank mit dem Ziel der erhöhten Wahrnehmung von Fördermöglichkeiten für die Stadt selbst sowie die Unternehmen in der Stadt aufzeigen. Schwerpunkt hierbei ist die abgestimmte Entwicklung von Projekten, die auch mittels Fördermittel umsetzbar sind. Eine besondere Rolle spielt die dringend notwendige Akquise von Mitteln im Innovationsbereich.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Investitionsbank des Landes gehört zu den prioritären Projekten der Umsetzung des Zukunftskonzeptes. Der in 2017 gebildete Arbeitskreis soll die Funktion des Koordinators des Fördermitteleinsatzes darstellen.

Einzelne, miteinander kooperierende Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung können zu einem erfolgreichen Netzwerk städtischer Wirtschaftsförderung aufgebaut werden:

Der **Arbeitskreis Fördermittel** konnte schon mehrmals tagen. Schwerpunkte waren:

- die Bilanz der Fördermittelanträge (beantragte und genehmigte Förderung)
- die Klärung der Organisation der Zusammenarbeit auch unter Einbeziehung der Stadtwerke (Unterarbeitsgruppe)
- die Vorstellung / Diskussion einzelner Projekte einschließlich der verwaltungstechnischen Begleitung durch die Investitionsbank
- die Initiierung von Mitarbeiterschulungen in der Stadt durch die Investitionsbank zur Verbreiterung des Kreises von Kompetenzträgern zu Fördermitteln in der Stadtverwaltung
- die Verstärkung der Beratung vor Ort von Stadtverwaltung und Investitionsbank u.a. zur Bildung von Unternehmenspools, die kontinuierlich zu Fördermitteln beraten werden
- Generelle Erhöhung der Kontakte der Stadtverwaltung zu den Unternehmen durch regelmäßige Veranstaltungen mit eigenständigen Formaten mit hohem Wiedererkennungswert zur Verbesserung der Fördermittelwahrnehmung durch Unternehmen der Stadt

Die in 2017 entwickelten Ansätze / Projekte die mit spezifischen Fördermitteln des Landes unterstützt werden können gilt es, in den nächsten Jahren auszubauen. Dessau-Roßlau kann in Zusammenarbeit mit der Investitionsbank des Landes zu einem Modell erfolgreich gestalteter Wirtschaftsförderung im Land werden. Hierbei sollte die Entwicklung integrierter Förderansätze d.h. die projektkonkrete Förderung aus mehreren Förderbereichen eine zunehmende Rolle einnehmen. Neben einer kontinuierlichen inhaltlichen und organisatorischen Steuerung des Gesamtprozesses gilt es, auf Basis einer regelmäßigen Bewertung der relevanten Förderstatistiken auf Erfolge und Handlungsbedarfe insbesondere die aktuelle Veränderung in der Förderlandschaft von Bund, Land und EU aufzunehmen und zu prüfen, welche davon die wirtschaftliche Entwicklung von Dessau-Roßlau weiter voranbringen können. Erste, nach außen hin wirksame Schritte zur Optimierung der Bestandspflege von Unternehmen konnten gemeinsam mit der Investitionsbank in Form eines Fördermittelworkshops mit den Unternehmen sowie dem Aufbau einer „Exzellenzberatung“ über die Zusammenarbeit von Investitionsbank, Stadt, Arbeitsagentur und Fachkraft im Fokus besprochen werden. Die Wirtschaftsförderung der Stadt sollte in Zukunft ihre Aufgabe darin sehen, als „Kordinator vor Ort“ alle wirtschaftsfördernden Akteure wie IHK, Arbeitsagentur sowie die anderen Wirtschaftsfördereinrichtungen der Region bei konkreten Bedarfen von Unternehmen wie Existenzgründung, Sicherung des Unternehmensbestandes und projektkonkrete Förderungen zusammen zu führen.

4.2. Neuansiedlung von Unternehmen aktivieren

Die Stadt Dessau-Roßlau hat in den letzten Jahren bestehende Gewerbegebiete arrondiert und infrastrukturelle Erschließungsmaßnahmen umgesetzt. Trotz Teilerfolgen im Ansiedlungsbereich gelang es, auf einer Reihe von Gewerbeflächen nicht, strukturbestimmende Unternehmen neu anzusiedeln, die der wirtschaftlichen Entwicklung Dessau-Roßlaus wesentliche Impulse geben konnten. Vor diesem Hintergrund bestand eine Aufgabe darin, unter dem Aspekt der Wirtschaftsförderung und der Ansiedlungschancen eine Bewertung der Standorte vorzunehmen. (Das ausführliche Teilgutachten befindet sich im gesonderten Teil 2 des Gesamtgutachtens.)

Handlungsfelder / Projekte

4.2.1. *Neuansiedlung von Unternehmen / Paradigmenwechsel in der Gewerbegebietsentwicklung*

Die Stadt Dessau-Roßlau weist 11 Industrie- und Gewerbegebiete auf, die hinsichtlich Attraktivität, Nutzungsmöglichkeiten und Einschränkungen seitens des Auftragnehmers untersucht wurden. Hierbei stellt sich heraus, dass eine Vielzahl der ausgewiesenen Flächen für potenzielle Investoren nur bedingt interessant ist. Vielfach ist die Durchfahrt durch das Stadtgebiet ein einschränkendes Moment.

Auf der Basis der Attraktivität der ausgewiesenen GI und GE Flächen für potenzielle Investoren wird der Stadt dringend empfohlen, einen **Paradigmenwechsel** in der Gewerbeflächenpolitik vorzunehmen. Diese besteht in einer eindeutigen Setzung von Prioritäten auf

- ein neu auszuweisendes und zu entwickelndes Gewerbe- und Industriegebiet an der A9, dass die im Rahmen des Projekts erarbeiteten Mindestanforderungen voll und ganz erfüllt,
- in der zeitnahen Entwicklung der Flächen im Umfeld des Hafens Roßlau und
- in der ggf. erforderlichen Umnutzung bereits bestehender Flächenausweisungen auf denen teilweise trotz Förderung nur geringe Ansiedlungserfolge zu verzeichnen waren.

Nur so kann die Positionierung von Dessau-Roßlau als attraktiver Standort für Unternehmensansiedlungen spürbar verbessert werden.

4.2.2 *Umnutzung bestehender Flächen*

Die Umnutzung bestehender Flächen sollte unter

- dem Aspekt städtebaulicher Entwicklungsmöglichkeiten
- der Beachtung förderpolitischer Restriktionen (u. a. Bindefrist)

erfolgen. Hierbei sollte der Gesamtzusammenhang mit der neu zu entwickelnden Fläche an der A9 vor dem Hintergrund förderpolitischer Spielräume (u. a. Belegung von bereits geförderten Flächen) erfolgen.

Die Entwicklung der neuen Flächen an der A9 sollte eine Priorität im Handeln der Wirtschaftsförderung erhalten. Zwischenzeitlich wurde das Projekt „Paradigmenwechsel in der Gewerbegebietsentwicklung“ in der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Stadt und Investitionsbank“ behandelt. Im Ergebnis wurde von der Stadt eine Projektskizze erarbeitet, die durch die Investitionsbank zwischenzeitlich positiv beschieden wurde. Die beantragte Projektentwicklungsstudie und Machbarkeitsanalyse: Neue Gewerbeflächen Dessau-Roßlau für großflächige Unternehmensansiedlungen sollte vor dem Hintergrund einer möglichen Förderung durch die Investitionsbank zu einem prioritären Projekt der Wirtschaftsförderung in 2018 gehören.

4.3. Stärkung des Innovations- und Wissensstandorts (Alleinstellungsmerkmale)

4.3.1. Verstärkung der Rolle der Hochschule Anhalt in der Stadt

Gutachten zur Wirtschaftsentwicklung in Dessau-Roßlau zeigen, dass einerseits ein großes Potenzial in der Hochschule Anhalt für die Wirtschaftsentwicklung der Stadt gesehen wird. Andererseits wurde wiederholt festgestellt, dass es bisher nicht umfassend gelang, dieses Potenzial zur Wirtschaftsentwicklung der Stadt zu nutzen. Hier besteht eine wesentliche Zielstellung des Agierens von Stadt und Hochschule verstärkt Impulse in Richtung der Wirtschaftsentwicklung zu geben und hierzu Synergien zu entwickeln. In den letzten Jahren verstärkten sich - nicht zuletzt auf Initiative einzelner Lehrkräfte wie auch Unternehmen der Stadt die Bemühungen, konkrete Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Beispiel hierfür ist z.B. die Zusammenarbeit im Design-Bereich sowie der Entwicklung der Drehrohrentechnik und der hierzu vorgesehenen An-Institute der Universität Magdeburg.

Generell gilt für die Zukunft die Zielstellung, die Potenziale der Hochschule viel stärker als bisher für die Wirtschafts- und Innovationsentwicklung der Stadt zu nutzen. Hierbei können auch Einrichtungen wie das Umweltbundesamt und das Bauhaus Dessau stärker in das Agieren von Hochschule und Stadt integriert werden. In Verbindung mit der sich entwickelnden Unternehmerlandschaft in Dessau-Roßlau und den sich teilweise abzeichnenden Kompetenzfeldern bestehen Chancen zur Herausbildung von **überregional wahrnehmbaren Alleinstellungsmerkmalen** der Stadt. Dieser teilweise eingeleitete, jedoch deutlich zu verstärkende Prozess kann in Zukunft forciert werden durch:

- eine stärkere Verbindung von Hochschulaktivitäten mit konkreten wirtschaftlichen Bedarfen von Unternehmen in der Stadt (Architektur, Design, Gestaltungsmöglichkeiten neuer Materialien, Digitalisierung, Anwendungen im Schienenfahrzeugbau u.a.)
- eine stärkere Zusammenarbeit der Hochschule Anhalt sowie des Umweltbundesamtes und des Bauhauses auf Gebieten wie nachhaltiges Bauen, neue CO₂-arme Materialien und dem designorientierten Einsatz klimaschonender Baumaterialien in einer Architektur der Zukunft
- die Verstärkung der Gründeraktivitäten in der Stadt sowie im Umfeld der Hochschule wobei eine Aktivierung der Rolle des Gründerzentrums angestrebt werden sollte
- die Bündelung der wissenschaftlichen und produktionstechnischen Potentiale im Bereich der Drehrohrentechnik und der Herstellung von „weißem Beton“ mit Unternehmen der Stadt und Hochschuleinrichtungen

Generell kann die Hochschule Anhalt in Verbindung mit der Stadt, Kammern und Arbeitsagentur sowie anderen Akteuren der Region wesentlich dazu beitragen, das bestehende Gründerzentrum zu stärken. Hierzu müssten jedoch die Aktivitäten von Stadt, Hochschule und wichtigen Akteuren der Stadt wie Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und Arbeitsamt viel stärker als bisher in Richtung Unterstützung des Gründungsgeschehens aufeinander abgestimmt werden.

Eine Chance hierzu bietet die gemeinsame Arbeitsgruppe von Investitionsbank und Stadt in der Fragen der Förderung von Existenzgründungen bzw. Unternehmensübernahmen umsetzungsorientiert gefördert werden können.

Insbesondere hinsichtlich der Entwicklung neuer Unternehmen einschließlich der an Bedeutung zunehmenden Aufgabe der Bewältigung der Unternehmensnachfolge sollten die Akteure der Wirtschaftsförderung verstärkt und arbeitsteilig insbesondere mit den Kammern vorgehen. Für die Ausrichtung der Wirtschaftsförderung der Stadt bedeutet das eine generelle Klärung von Aufgabensetzungen in Abstimmung mit den anderen Akteuren in Stadt und Region, die sich mit der Gründungsförderung, Unternehmensnachfolge und anderen wirtschaftsfördernden Einrichtungen befassen.

4.3.2. Entwicklung des BioPharmaParks Dessau

Die IDT Biologika mit Stammsitz in Dessau-Roßlau ist ein innovatives Unternehmen der Pharmaindustrie mit einer mehr als 90jährigen Unternehmenstradition. Das Unternehmen ist sehr forschungsintensiv und hat weltweit anerkannte Erfolge bei der Entwicklung humaner Impfstoffe. Aufgrund seiner globalen Markterfolge engagiert sich das Unternehmen verstärkt auf wichtigen Zielmärkten wie den USA und Kanada. Hierdurch wurden die Positionen zur weltweiten Vermarktung viraler und bakterieller Bestandimpfstoffe für erkrankte Tierbestände ausgebaut. Die Marktkenntnisse des Unternehmens im Nutztierbereich und die weltweite Vernetzung in die Schweine- und Geflügelzucht stellt in Verbindung mit der akademischen Forschung ein Alleinstellungsmerkmal im Bereich der Tiergesundheit auf einem globalen Markt dar.

IDT engagiert sich im starken Maße für die Entwicklung des BioPharmaParks Dessau, was u.a. zur Ansiedlung weiterer Unternehmen wie Merz beitrug. Neben den eigentlichen unternehmensinternen Aktivitäten mit Schwerpunkt Forschung bestehen für die Zukunft weitergehende Herausforderungen

- mit dem Aufbau des BioTranslationsinstitut
- die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Hochschule Anhalt sowie anderen Forschungs- und Hochschuleinrichtungen
- der Ausbau der ohnehin starken regionalen Vernetzung des Unternehmens

IDT im BioPharmaPark Dessau ist mit einer global orientierten Produkt- und Dienstleistungspolitik eines der erfolgreichsten und forschungsintensivsten Unternehmen des Landes und stellt für die Stadt Dessau-Roßlau ein Alleinstellungsmerkmal von überregionaler Bedeutung dar.

Der BioPharmaPark Dessau gehört zu einem der größten Entwicklungspotentiale des Landes, der im Zusammenhang mit den anderen Chemieparks in Leuna, Schkopau, Zeitz, Bitterfeld und Piesteritz dazu beitragen kann, ein international wahrnehmbares Alleinstellungsmerkmal von branchenorientierten Pharmaparks für Sachsen-Anhalt weiter auszuprägen. Diese Chance gilt es für die weitere Entwicklung des BioPharmaParks und den dort auszubauenden Forschungseinrichtungen wie dem „BioTranslationsinstitut“ im Umfeld von „IDT Biologika GmbH“ und am Standort ansässigen Unternehmen wie Merz sowie der umliegenden Forschungs- und Hochschullandschaft im Zusammenwirken mit der Stadt Dessau-Roßlau konsequent zu nutzen.

Grundlagen hierfür sind

- eindeutige Aussagen von IDT Biologika GmbH, dass dies ein wesentliches Ziel der Geschäftspolitik des Unternehmens ist und Kommunikation gegenüber der Landesregierung
- akzeptable Kooperationslösungen für die Hochschule Anhalt zum Engagement im Park einschließlich der Klärung schutzrechtlicher Fragestellungen bei der Bildung eines An-Institutes der Hochschule
- klare Positionierung des Landes zur Aufnahme in die Innovationsstrategie verbunden mit eindeutigen Finanzierungszusagen auf Basis eines nachvollziehbaren Geschäftsmodells
- Unterstützung der Stadt Dessau-Roßlau, Wahrnehmung einer Gesellschafterrolle für eines der wichtigsten und aussichtsreichsten Entwicklungsprojekte der Stadt

Damit dies erreicht werden kann, sollten die im März / April 2017 – im Rahmen des Gutachtens begonnenen Aktivitäten der Zusammenarbeit u.a. im Rahmen der bestehenden Arbeitsgruppe unbedingt konsequent fortgesetzt werden:

- Treff mit Geschäftsleitung IDT und Gutachtern unter Leitung der Stadt (Dr. Reck) am 27. 03. 2017
- Konzeptpapier zum Biotranslationsinstitut vom März 2017 durch die IDT Geschäftsleitung mit Bitte an isw hinsichtlich Bewertung Konzept und mögliche Förderung
- 27.04.2017 Kommentierung des Konzeptpapiers des BTI durch isw Institut
- 02.-06.05.2017 Übersendung der Materialien an MWW (Konzept / isw Kommentierung Anlage 5), 03.05.2017 Treff mit Minister Willigmann und Dr. Reck im MWW
- Auslotung von Perspektiven der Zusammenarbeit mit neuer Geschäftsleitung IDT und Präsident der Hochschule Anhalt

Vor dem Hintergrund eines zeitlichen Handlungsansatzes im Rahmen der laufenden EU-Förderperiode sollte die im März / April begonnene Arbeitsgruppentätigkeit unbedingt wiederaufgenommen werden. Gelingt dies nicht, so vergeht wertvolle Zeit, in der vor dem Hintergrund stabiler förderpolitischer Rahmenbedingungen die Umsetzungschancen zur weiteren Entwicklung des BioPharmaParks noch realistisch einschätzbar sind.

Ein nicht stringentes Vorgehen beinhaltet zugleich die Gefahr, dass die „Historie von Stagnation“ der Entwicklung des BioPharmaParks sich in dieser Richtung nicht wiederholen sollte. So gab es in den Jahren 2011/12 intensive Bemühungen, die Entwicklung des BioPharmaParks in Verbindung mit der Hochschule Anhalt voranzutreiben, was dann jedoch in den Folgejahren nicht umgesetzt wurde.

In 2011 wurden zwei Studien initiiert, die Seitens der Gutachter auf ihre heutige Relevanz und Umsetzbarkeit bewertet wurden:

- Studie „Entwicklung des BioPharmaParks zu einem integrierten biopharmazeutischen Standort (BIO Mitteldeutschland GmbH, Stadt, 2011)
- Machbarkeitsstudie „Bioanalytisches Forschungs- und Entwicklungszentrums“ im BioPharmaPark BIOCUM, AG, Stadt, 2011)

Positiv ist zu vermerken, dass in der vom Land Sachsen-Anhalt initiierten „Regionalen Innovationsstrategie 2014 – 2020“ und dem im März 2013 erschienenen Endbericht die „Etablierung eines BioTranslationsinstituts in Dessau-Roßlau aufgenommen wurde. Von daher bestehen beste Voraussetzungen entsprechende Aktivitäten auf dem BioPharmaPark in Zusammenarbeit mit der Hochschule Anhalt, dem aufzubauenden „Leistungszentrum Chemie – Biosystemtechnik“ durch die Fraunhofer Gesellschaft in Halle und der Stadt Dessau-Roßlau umzusetzen. Notwendig sind hierzu eine konsequente Projektsteuerung in der frühzeitig alle relevanten Entscheidungsträger auf Seiten des Landes, der Unternehmen, Forschungs- und Hochschulinrichtungen, Investitionsbank des Landes sowie Stadt und Region eingebunden werden müssen.

Folgendes Vorgehen wird vorgeschlagen:

- Aktualisierung des bisherigen Konzeptes (Stand April/Mai 2017) bei Interessenlage von IDT
- Vorbereitung eines Spitzengespräches (Ministerpräsident, Wirtschaftsminister, Oberbürgermeister, Geschäftsführung IDT, Präsident der Hochschule Anhalt) durch Abstimmung zwischen Beigeordnetem Herrn Dr. Reck und neuer Geschäftsführung von IDT, Herrn Kastenbauer
- Spitzengespräch mit Grundsatzentscheidung zur Entwicklung des BioPharmaParks, BioTranslationsinstitut sowie An-Institut der Hochschule Anhalt

Nur vor dem Hintergrund einer Grundsatzentscheidung von Land, IDT und Hochschule Anhalt sowie Stadt kann die Arbeitsebene effizient an der Projektumsetzung arbeiten. Angesichts der bereits genannten zeitlich begrenzten förderpolitischen Restriktionen sollte die Vorbereitung und Durchführung eines derartigen Spitzentreffens höchste Priorität haben.

4.3.3. Kompetenznetzwerk angewandte Bahntechnologie

Die Stadt Dessau-Roßlau hat eine lange Tradition als Standort für Bahntechnologien. Eine Reihe teilweise hoch spezialisierter Unternehmen verloren ihre Bedeutung im Strukturwandel bzw. stellten ihre Geschäftstätigkeit ein. Trotz dieser Entwicklungen konnten einzelne Unternehmen ihre Wettbewerbspositionen erhalten bzw. ausbauen.

So konnte die „DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH, Werk Dessau“ seine Position im DB-Konzern verbessern bzw. festigen. Heute ist das Werk Dessau die erste Adresse für die Instandhaltung von Elektrolokomotiven und deren Komponenten. Die Kernkompetenzen des Werkes liegen in der Instandhaltung und Revision von Elektrolokomotiven entsprechend den von Kunden vorgegebenen Instandhaltungssystemen für die jeweiligen Bauarten von Elektrolokomotiven, die alle vier bis acht Jahre technisch überwacht werden müssen.

Im Dessauer Werk mit rund 1.200 Beschäftigten - eines der größten Arbeitgeber der Stadt - konnte Anfang des Jahres 2017 eines der modernsten Lokprüfzentren Europas eingeweiht werden. Damit ist das Unternehmen in der Lage, Loks aller vier europäischer Stromsysteme zu prüfen. Mit diesem Projekt will das Unternehmen verstärkt internationale Kunden gewinnen. Aber auch mittelständische Unternehmen, wie die weltweit tätige „Railistics GmbH“ prägen zunehmend das Netzwerk von Unternehmen, die Produktion und Dienstleistungen im Umfeld der Bahntechnologie am Standort Dessau-Roßlau repräsentieren. Ein spezielles Know-how im Bereich der Motortechnik hat sich im „WTZ Roßlau“ herausgebildet. Aufbauend auf den verschiedenen Kompetenzen im Bereich Schienenfahrzeugbau in Dessau-Roßlau war es folgerichtig einen „Verein Bahntechnologie Dessau e. V.“ zu gründen, in dem sich mehr als 15 Unternehmen engagieren. Eine immer stärkere Rolle nimmt beim Aufbau des Kompetenznetzwerkes die Hochschule Anhalt ein, die aufgrund ihrer Profilierung eine Reihe von Ansatzpunkten und Synergien zu den Unternehmen der Region bietet. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit im Rahmen des „WIR!-Programms“ des BMBF, bei dem die Hochschule Anhalt und der „Verein Bahntechnologie Dessau e. V.“ die Federführung haben.

Mit dem Projektantrag „Wandel zur Technologieregion: Zukunftssicherung der Region Anhalt durch innovative und nachhaltige Technologien für Schienenverkehrssysteme (TRAINS)“ erfolgte eine beispielhafte Bündelung der Kräfte von Stadt und Region, die auch unabhängig von einem wünschenswerten Projektvorschlag nachhaltige Impulse für die Wirtschaftsentwicklung der Stadt setzen wird.

Ungeachtet der Chancen des konkreten „WIR!-Programms“ hat sich in den letzten Jahren eine Qualität der Zusammenarbeit in der Stadt im Bereich Bahntechnologie entwickelt, die sowohl Unternehmen wie auch der Stadt verstärkt wirtschaftliche Impulse geben werden. Hierbei sind die Entwicklungsstufen klar benannt und zielen auf eine Wiedererstarkung Dessau-Roßlaus als international wahrnehmbarer Standort mit Alleinstellungsmerkmalen im Schienenfahrzeugbau. Der „Verein Bahntechnologie“ stellt sich mit seiner Satzung dieser anspruchsvollen Aufgabe. Hierbei können nicht alle Aufgaben durch die Mitglieder des Vereins selbst bewältigt werden. Hierzu ist ein professionelles Clustermanagement erforderlich, wie es vom Land Sachsen-Anhalt im Rahmen der GRW-Förderung von Kooperationsnetzwerken angeboten wird.

Der „Verein Bahntechnologie“ hat sich in seiner Sitzung am 13.09.2017 dazu verständigt, eine Fördermittelantragstellung bei der Investitionsbank des Landes zur Förderung von Kooperationsnetzwerken zu prüfen. Die Stadt hat sich bereit erklärt, die Antragstellung zu begleiten – zwischenzeitlich ist auch ein LOI zum Projekt von der Stadt unterzeichnet worden - die gemeinsame Arbeitsgruppe mit der Investitionsbank kann dabei zur Begleitung des Fördermittelantrages genutzt werden. Die aktuelle Fassung der GRW-Richtlinie bietet über die Förderung von Kooperationsnetzwerken noch weitere interessante Förderansätze gerade im Innovationsbereich, die für Unternehmen der Stadt, des Vereins Bahntechnologie gezielt in Zukunft genutzt werden sollten.

Gründung eines Zentrums für Wissenschaft und Forschung Bahntechnologie

Die Gründung eines Zentrums für Wissenschaft und Forschung Bahntechnologie stellt ein ehrgeiziges Ziel dar, das jedoch aufgrund des großen Engagements leistungsfähiger Unternehmen durchaus realistisch zu bewerten ist. Auch die Hochschule Anhalt und andere Institute zeigen Interesse an einer derartigen Einrichtung. Interessant ist auch die seit Mitte des Jahres geführte Diskussion mit dem in Magdeburg bestehenden „Institut für Kompetenz in der AutoMobilität – IKAM GmbH“. So wurde u. a. in der gemeinsamen Sitzung am 09.06.2017 geprüft, ob man Erfahrungen des IKAM bei dem Aufbau und der Strukturierung sowie beim Geschäftsmodell übernehmen könnte. Aufgrund rechtlicher Rahmenbedingungen, die die Handlungsspielräume der IHK betreffen, ist das „Magdeburger Modell“ so nicht mehr übertragbar, so dass nach anderen Lösungen gesucht werden muss.

Von Seiten aller beteiligten Akteure – u.a. auch den Leitungen der Universität von Magdeburg und der Hochschule Anhalt - werden die weitreichenden Effekte von zwei Instituten gesehen, die sich abgestimmt auf unterschiedlichen Feldern auf dem Gebiet der Mobilität profilieren. Auf der Expertenebene gelang es schon eine Reihe von Synergien herauszuarbeiten, die für die Effizienz beider Institute eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bedeuten. Diese Diskussionen müssen stringent weitergeführt werden. Seitens des Landes sollte der Prozess der Gründung eines „Zentrums für Wissenschaft und Forschung Bahntechnologie“ unterstützt werden. Hier sind mögliche Optionen mit den zuständigen Ministerien, interessierten Hochschulen und Unternehmen sowie unterstützenden Kammern und der Stadt auszuloten. Auch scheinen erste Ansätze in der Verbindung von Produkten einer nachhaltigen Chemie, wie dem „Grünen Wasserstoff“ aus Ökostrom als Antriebsmittel auch für Schienenfahrzeuge die am Standort Dessau gewartet werden, hoch interessant zu sein. Das Engagement eines Weltmarktführers im Gasbereich, ebenso das Agieren globaler Schienenfahrzeugbauer markieren Eckpunkte eines klimaneutralen Strukturwandels im Mobilitätsbereich für das Mitteldeutschland und insbesondere Dessau-Roßlau Alleinstellungspotenziale besitzt.

In dem Aufzeigen neuer - auf Traditionen aufbauenden - Beziehungen zwischen Chemischer Industrie und Schienenfahrzeugbau besteht die Chance zur Entwicklung eines neuen ostdeutschen Strukturmusters in der Wirtschaft. Theoretische Basis hierfür ist der Cross-Innovations-Ansatz, d. h. neuen Wechselbeziehungen von bestehenden Industrien und Wirtschaftsbereichen, an deren Schnittstellen neue Quellen für Innovation und regionales Wachstum generiert werden.

4.3.4. „Bauhaus Dessau“ und Umweltbundesamt (UBA)

Dessau-Roßlau besitzt mit dem Bauhaus, dem Umweltbundesamt, der Hochschule Anhalt und den im regionalen Umfeld angesiedelten Forschungspotenzialen eine Vielzahl von Kompetenzen, die bei einer Bündelung von Aktivitäten dazu beitragen könnten, die Stadt als ein Zentrum von innovativem, nachhaltigem Bauen zu entwickeln. Tradition – Moderne – und Zukunft des Bauens und Gestaltens können sich verdichten in Dessau-Roßlau:

- Das Bauhaus besitzt richtungsweisende Traditionen in Bauen und Gestalten, die aufbauend auf einer neuen Philosophie, die Welt nachhaltig geprägt haben.
- Das Umweltbundesamt (UBA) hat das Ziel, die in den einzelnen Fachbereichen wissenschaftlich entwickelten Positionen auch nach außen sichtbar zu machen. In seiner eigenen baulichen Konzeption strebt es eine Vorbildrolle für andere Gebäude an. Mit dem Erweiterungsbau in Dessau wird ein „Plus-Energie-Gebäude“ errichtet, welches zu 100 Prozent regenerative Energiequellen nutzt und umweltfreundliche Baustoffe einsetzt.
- Die Hochschule Anhalt im Verbund mit den umliegenden Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen verfügen über ein umfangreiches Know-how in den Bereichen Werkstoffkunde, Architektur, Konstruktion und Bauen.

Ein strategisches Ziel für die Entwicklung Dessau-Roßlau ist es, diese Potenziale zu bündeln und zielgerichtet aufeinander abzustimmen. Hierbei gilt es auch, eine Aufbruchstimmung in der Stadt in Richtung Zusammenarbeit im Bereich innovativen Bauens zu erzeugen. Das Bauhaus, das sich bei allen Traditionsbewussten verstärkt den Zukunftsaufgaben der Menschen stellen sollte, wie es in der Philosophie der Gründer fest verankert war. Wo sind die gemeinsamen Projekte von Unternehmen und unterschiedlichen Einrichtungen, die Dessau-Roßlau auf dem Gebiet der Moderne so voranbringen, dass ein Alleinstellungsmerkmal bei der Lösung globaler Probleme wie Klimawandel und Energiewende entwickelt werden kann?

Die bessere Nutzung der Potenziale von Bauhaus und Umweltbundesamt für die Stadt- und Regionalentwicklung ist eine Aufgabe, der sich Stadt und Hochschule Anhalt unbedingt stellen sollten. Nicht zuletzt liegen hier Chancen für eine Profilierung mit internationaler Wahrnehmung, die an Namen und Kompetenzen wie Bauhaus und Umweltbundesamt aufbauen kann.

Dass sich derartige innovative Trends im Baubereich unter dem Aspekt des Klimawandels verstärkt durchsetzen, zeigt sich auch in der öffentlichen Diskussion:

- Deutschland ist weltweit bei der Erforschung von Grundlagen und Anwendungen von revolutionären Baustoffen mit führend. So wurde durch den Bundespräsidenten Ende 2016 der „Deutsche Zukunftspreis“ dem Projekt „C³-Carbon Concrete Composite“ verliehen, an dem 140 Unternehmen und Forschungseinrichtungen unter Projektführung der TU Dresden teilnahmen. Der entwickelte Carbonbeton soll eine Einsparung von 160 Mio. Tonnen Stahl erbringen. Ziel ist es in den nächsten 10 Jahren rund 20 Prozent des Stahls durch Carbon zu ersetzen.

Thematische Synergien zum innovativen nachhaltigen Bauen am Standort Dessau-Roßlau bestehen bei:

- Nachhaltigkeit / Klimaschutz (UBA)
- Innovatives Bauen (Bauhaus)
- Werkstoffe, Architektur, Bauen (Hochschule Anhalt)
- Chemie und Biotechnologie (Leistungszentrum Chemie- und Biosystemtechnik – Fraunhofer IMWS in Halle)

Ziele können sein:

- Karbonfasern aus Algen / Herstellung von Techno Carbon-Baustoffen und Bauteilen
- CO₂-negatives Bauen (Material follows function)
Schaffung von CO₂-Säulen im Bausektor

Welche regionalen Kompetenzen bestehen, zeigt sich beim Fraunhofer IMWS aus Halle, die Häuserwände durch neue Betonqualitäten zu Sonnenkraftwerken machen wollen. Bauwerke werden sicherer, können umweltschonender errichtet und in völlig neuen Formen gestaltet werden. Zusätzlich soll der neue Beton mit der Gewinnung von Sonnenstrom optimiert werden.

Erste Projektvorschläge

Erste Projektansätze sind seitens der Gutachter entwickelt worden unter dem Arbeitstitel „Bauhaus 2.0“. Der Titel wurde von mehreren Konsultanten hinterfragt und ist veränderbar. Er stellt jedoch nicht das Ziel in Frage, in Dessau eine Initiative zu gründen, an der sich Einrichtungen wie Bauhaus, UBA, Hochschule Anhalt und andere Partner aus der Region beteiligen. Nach Auffassung der Gutachter besteht hier die einmalige Chance, auf Namen und Kompetenzen wie UBA und Bauhaus aufzubauen und mit Partnern aus der Region nachhaltige Lösungen in den Bereichen Bau, Konstruktion und neue Materialien zu entwickeln, da Dessau als Bauhausstadt mit diesen Kompetenzen einen wirksamen Beitrag zur Lösung aktueller globaler Probleme leisten kann. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist hierbei auch der Neubau des Umweltbundesamtes an dem innovativen Werkstoff (z.B. Recyclingbeton) und Technologien (größte Erdwärmetauscher der Welt) als Ausdruck von nachhaltigem Bauen exemplarisch am Standort Dessau-Roßlau zur Anwendung kommen.

Vorschlag: Zentrum für nachhaltiges Bauen

Auf Einladung des Oberbürgermeisters sollte in Verbindung mit dem Minister für Wirtschaft und Wissenschaft und der Leitung des Umweltbundesamtes eine „kleine Zukunftskonferenz“ organisiert werden, auf der dieser Entwicklungsansatz unter Fachexperten diskutiert werden kann. Im Ergebnis der Konferenz sollte das Themenfeld in die „Regionale Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt“ aufgenommen und seitens des Landes gefördert werden.

Eine Diskussionsgrundlage kann der von den Gutachtern entwickelte Projektvorschlag sein, der speziell für Dessau-Roßlau und seine herausragenden Potenziale auf dem Gebiet der Umweltpolitik (u.a. Energieavantagarde, Ressourcenforschung) entwickelt wurden. Die Projektentwicklung auf Basis der Projektskizze „Bauhaus 2.0“ kann eine erste Grundlage für die „Entwicklung eines multidisziplinären Netzwerkes und Kompetenzzentrums in Dessau-Roßlau“ für klimaschonendes, nachhaltiges Bauen mit CO₂-neutralen Verbund-Baustoffen sein.

Die Errichtung eines derartigen Zentrums, anknüpfend an den Traditionen der Bauhausstadt und unter Vernetzung wichtiger Akteure wie UBA, Bauhaus, Hochschulen und Instituten im regionalen Umfeld kann dazu beitragen, Dessau-Roßlau als „Umweltstadt“ mit einem international wahrnehmbaren Alleinstellungsmerkmal zu profilieren.

4.3.5. Umweltbundesamt (UBA)

Gemäß § 2 des Gesetzes über die Errichtung eines Umweltbundesamts hat die Institution insbesondere folgende Aufgaben:

1. Wissenschaftliche Unterstützung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in allen Angelegenheiten des Immissions- und Bodenschutzes, der Abfall- und Wasserwirtschaft, der gesundheitlichen Belange des Umweltschutzes, insbesondere bei der Erarbeitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, bei der Erforschung und Entwicklung von Grundlagen für geeignete Maßnahmen sowie bei der Prüfung und Untersuchung von Verfahren und Einrichtungen.
2. Aufbau und Führung des Informationssystems zur Umweltplanung sowie einer zentralen Umweltdokumentation, Messung der großräumigen Luftbelastung, Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen, Bereitstellung zentraler Dienste und Hilfen für die Ressortforschung und für die Koordinierung der Umweltforschung des Bundes, Unterstützung bei der Prüfung der Umweltverträglichkeit von Maßnahmen des Bundes.

Das UBA stellt sich konsequent dem übergeordneten Ziel der Agenda 2030 einen überfälligen Prozess in Richtung Nachhaltigkeit anzustoßen, um Klimawandel, Armut, Verlust von Biodiversität, Ressourcenverbrauch entgegenzuwirken. In diesem Sinn nimmt die Einrichtung auch eine führende Rolle bei der Umsetzung des im Dezember 2015 verabschiedeten weltumfassenden Klimaschutzabkommens ein.

Das UBA widmet sich Themen, die für die Entwicklung Deutschlands aber auch gerade für Ostdeutschland existenziell und zukunftsweisend für den künftigen Strukturwandel der Wirtschaft sein können. Die Themen:

- Kreislaufwirtschaft in Europa
- Produkte besser gestalten
- Abfälle vermeiden
- mehr Kunststoffe werkstofflich verwerten
- öffentliche Aufgaben als Hebel für Umwelt und Klimaschutz

- klimaneutral leben: die CO₂ Bilanz im Blick
- Konsumindikatoren für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie
- nachhaltiger Konsum – Perspektiven für die sozial-ökologische Erneuerung
- Umwelt- und Sozialpolitik zusammenführen
- Arbeiten zum Thema „Kunststoffe in der Umwelt“
- Aufbau eines europäischen Kompetenzzentrums für nachhaltige Chemie

sind Ansatzpunkte, die für die stärkere Zusammenarbeit mit der Stadt Dessau-Roßlau.

Wirtschaftliche Impulse auf Stadt / Region weiter verstärken

Auf vielen dieser Themenfelder arbeitet das Umweltbundesamt verstärkt mit der Hochschule Anhalt zusammen. Vernetzungspotentiale bestehen in Bereichen wie Design, Architektur sowie in der begleitenden Ausbildung. In der weiteren Zusammenarbeit mit der Hochschule sowie Unternehmen bestehen erhebliche Potentiale die Stadt als „Umweltstadt“ weiter zu etablieren.

Die ansatzweise Zusammenstellung interessanter Themen, mit denen sich das Umweltbundesamt befasst wirft die Frage auf, wie diese Themenfelder sich gesellschaftlich und wirtschaftlich im Leben von Dessau-Roßlau, der Region Mitteldeutschlands bzw. Ostdeutschlands reflektieren. Letztlich lag das Ziel der Platzierung des Umweltbundesamtes in Dessau-Roßlau auch darin, Impulse auf den wirtschaftlichen Strukturwandel der neuen Bundesländer auszulösen. Die Beantwortung der Frage war angesichts der über das ganze Bundesgebiet sich entwickelnder Außenstellen nicht Gegenstand des Gutachtens. Nur sollte seitens der Landesregierung Sachsen-Anhalts, wie auch der Stadt Dessau-Roßlau hinterfragt werden, wie die Effekte des UBA für Stadt, Region und Land kontinuierlich in Richtung wirtschaftlicher Impulse ausgebaut werden können. Es scheint auf Ebene der Länder Mitteldeutschlands keine Aktivstrategie zu bestehen, die Wirkungen des Umweltbundesamtes auf die Entwicklung der „Neuen Bundesländer“ zu verstärken. Beispiel hierfür ist der Aufbau des Kompetenzzentrums für nachhaltige Chemie mit dem Label Umweltbundesamt in Bonn. Hier ist eine Chance verpasst worden, sich im Zentrum der ostdeutschen Chemie diesem Zukunftsthema zu stellen und mit dem Strukturwandel der ostdeutschen Chemie zu verbinden. Ostdeutschland als Vorreiter für eine nachhaltige Chemie in Verbindung mit den internationalen Aktivitäten des Umweltbundesamtes hätte zum Aufbau eines Alleinstellungsmerkmals von überregionaler Bedeutung genutzt werden können. Leider wurde diese umsetzbare Vision als Chance für Ostdeutschland scheinbar nicht konsequent wahrgenommen.

Kongressstandort für Nachhaltigkeit

Anknüpfend an die jetzt gesetzten Realitäten sollte das Ziel darin bestehen, den Standort Dessau-Roßlau in Abstimmung mit dem Umweltbundesamt verstärkt im Zusammenhang mit der Thematik Umwelt/Nachhaltigkeit zu platzieren. Die Aktivitäten zum Aufbau eines international wahrnehmbaren Kongress- und Tagungszentrums in Verbindung mit den baulichen Erweiterungen des Umweltbundesamtes sind eine gute Basis im Zusammenwirken mit der Chemie Ostdeutschlands und den auf Zukunftsthemen ausgerichteten Instituten und Hochschuleinrichtungen diesen hohen Ansprüchen zu entsprechen. Begrüßenswert ist die Absicht der Leitung des Umweltbundesamtes verstärkt große Fachveranstaltungen nach Dessau-Roßlau zu holen.

Das Ziel, die Stadt zum maßgeblichen Konferenzstandort in Deutschland zum Thema Umwelt / Nachhaltigkeit zu entwickeln ist eine große Chance für die Stadt. Der Umsetzung dieses Zieles steht jedoch der Faktor schnellere Bahnverbindung entgegen. Hier sollten Stadt und Land ihre Anstrengungen konsequent fortsetzen, die Bahnverbindungen der Stadt zu verbessern, damit sich Dessau-Roßlau mit dem neuen UBA-Gebäude und dem dort integrierten modernen Konferenzbereich weiter als Konferenzstandort profilieren kann.

Etablierung eines Studiengangs „Environmental Data Science“ (EDS) am Standort Dessau

Das Umweltbundesamt ist weltweit eine der einflussreichsten staatlichen Umweltschutzbehörden. Im Rahmen der Arbeit zum Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzept wurde daher auch die Frage verfolgt, inwieweit sich hieraus Synergiepotenziale für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Dessau heben lassen. Eine wesentliche Idee war die Etablierung eines Studiengangs „Environmental Data Sciences“.

Das Umweltbundesamt kann auf eine exzellente Datengrundlage zurückgreifen, die es nach Evaluationsergebnissen des Wissenschaftsrates noch zu wenig in Richtung Politikberatung nutzt. Im Bereich Big Data und Methodenarbeit (u.a. Biomonitoring, Modellieren von Klimaentwicklungen) bestehen Kompetenzen, die stärker als bisher im wissenschaftlichen Umfeld des UBA genutzt werden sollten. Erfahrungen aus anderen Regionen zeigen, dass hier wesentliche Grundlagen sowohl für die Profilierung von Hochschulen in Lehre und Forschung als auch für die strategische Politikberatung bestehen. Als unmittelbarer Partner sollte die Kooperation von UBA und Hochschule Anhalt verstärkt werden. Dies bietet für die Hochschule die Chance, sich aufbauend auf der Nutzung der Datenfelder des UBA mit Alleinstellungsmerkmalen forschungsseitig international zu profilieren. Dem UBA bietet es die Chance, die Forschungsbasis zu verbreitern sowie die Datenbasis anwendungsorientiert zu nutzen.

Umwelt- und Gesundheitsfragen zählen zu den wichtigsten Themen unserer Zeit. Wie sauber ist unsere Atemluft? Wie verschmutzt sind Flüsse und Ozeane? Wie hoch ist der menschliche Beitrag zur Erderwärmung? All das sind Fragen die, vor dem Hintergrund der Herausforderungen des beobachteten Klimawandels, immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit und der Politik rücken.

Experten rechnen mit weitreichenden Folgen für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft, wenn es nicht gelingt, die globale Klimaänderung zumindest in Schranken zu halten.

Die richtigen Maßnahmen können aber nur umgesetzt werden, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft präzise und valide Informationen zur Verfügung stehen. Informationen zu den Schutzgütern wie etwa Klima, Luft, Boden, Wasser, aber auch natürliche Ressourcen geben einen Überblick über den Zustand der Umwelt, aber auch über umweltbezogene Risiken für die menschliche Gesundheit.

Hierbei kommt vor allem der integrativen Auswertung, also die Vernetzung der aus den verschiedenen Kontexten und Disziplinen gewonnenen Umweltdaten, eine besondere Bedeutung zu.

Vor allem neuartige technologische Entwicklungen im Bereich analytischer Datenbanken und Analyse-Tools ermöglichen eine umfangreiche und genaue Datenauswertung.

Weniger die Gewinnung, sondern vielmehr die Strukturierung, Auswertung und visuelle Aufbereitung der aus den verschiedensten Quellen stammenden Daten ist Aufgabe der Environmental Data Science (EDS). Mit EDS können Muster gefunden und präzise Prognosen für die Zukunft der Umwelt erstellt werden. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Früherkennung von Umweltrisiken sowie von unmittelbaren sowie langfristigen Effekten auf Ökosysteme und den Menschen.

In Zeiten von „Big Data“ und den immer stärker sichtbar werdenden Auswirkungen des Klimawandels sind Environmental Data Scientists gefragte Experten: Mit Methoden der Mathematik, Informatik sowie Ingenieur- und Umweltwissenschaften gewinnen sie Fakten und Wissen aus großen Datenmengen. Data Science ist ein noch junges Berufsfeld, im deutschsprachigen Raum sind die Studiengänge in diesem Bereich rar. Data Scientists sind auf dem Arbeitsmarkt äußerst begehrt. Sie treffen auf ein hervorragendes Stellenangebot beispielsweise als Analysten, Consultants, Systemarchitekten, in der Wissenschaft, Wirtschaft und insbesondere in der öffentlichen Verwaltung.

Die Idee, die Etablierung eines solchen Studienganges am Standort Dessau-Roßlau, wurde auf Grund der Fülle anderer Projekte und Maßnahmen und der notwendigen komplexen Vorgehensweise bis jetzt nur nachrangig behandelt. Aus Sicht des Auftragnehmers ist es jedoch ein sehr interessantes Vorhaben mit einer potenziell hohen Strahlkraft. Der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Dessau verfügt hier über günstige Voraussetzungen:

- **Räumliche Nähe zum UBA sichert hohes fachliches Niveau:** Nach Ansicht zahlreicher Experten ist es für die Umweltdatenanalysten unabdingbar, eng mit den datenhaltenden Institutionen zusammenzuarbeiten, da nur so Aussagekraft und Auswertungsmöglichkeiten von Datensätzen richtig eingeschätzt werden können. Der unmittelbare Kontakt zum UBA wäre ein Alleinstellungsmerkmal für den Studiengang, welche eine hohe fachliche Reputation gewährleistet.
- **Leistungsfähige Hochschule am Standort:** Mit der Hochschule Anhalt befindet sich eine leistungsfähige und moderne Hochschule am Standort, die Erfahrungen damit hat, innovative Studiengänge, insbesondere in den Bereichen Ingenieurwissenschaften und angewandte Informatik, auf einem hohen fachlichen Niveau zu etablieren.
- **Einbettung in mitteldeutsche Forschungslandschaft:** In Mitteldeutschland befinden sich mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, dem Helmholtz Zentrum für Umweltforschung (UFZ) sowie dem Institut für Meteorologie in Leipzig bereits leistungsfähige Fachinstitutionen in der Nähe. Mit dem neuen Studiengang kann sich die neue mitteldeutsche Forschungslandschaft auf diesem Gebiet weiter profilieren.

Seitens der Gutachter wird empfohlen, die vorhandenen Potentiale des UBA in Richtung weiterer Profilierung des Wissenschaftsstandortes stärker als bisher zu nutzen. Dies schließt u.a. die Anstrengungen zur Etablierung eines Studienganges „Environmental Data Sciences“ nach dem Vorbild anderer europäischer Forschungs- und Bildungsrichtungen zu etablieren, mit ein.

Die Wirtschaftsförderung sollte hier in Abstimmung mit der Leitung des UBA und der Hochschule Anhalt ein Impulsgeber für die Prüfung eines derartigen Vorhabens sein und sich ggf. im Rahmen der Umsetzung des „Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes“ als Unterstützer gegenüber der Landesregierung Sachsen-Anhalts auftreten.

4.3.6. Kompetenznetzwerk Drehrohrentechnik

Das geplante „Institut für Drehrohr Technik (IDT)“ ist als An-Institut der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg mit Sitz in Dessau-Roßlau konzipiert. Eine Zusammenarbeit besteht mit der Hochschule Anhalt und mit Unternehmen in der Stadt, die auf dem Gebiet des Zementanlagenbaus tätig sind. Das Institut baut wesentlich auf den Kompetenzen der Fakultät für Verfahrens- und Systemtechnik (VST) der Universität Magdeburg auf. Es versteht sich als Forschungsdienstleister für verfahrenstechnische Prozesse der thermischen Behandlung von pulverförmigen und granularen Schuttgütern. Dabei soll die gesamte Bandbreite thermischer Prozessstufen abgedeckt werden. Inhaltlich hat das geplante Institut die Schwerpunkte:

1. Forschung und Entwicklung

- Entwicklung innovativer Verfahren und Prozesse
- Nutzung regenerativer Energie (Schadstoffemission)
- Generierung neuartiger Produkte (Verfahrenstechnische

2. Engineering

- Analyse von Prozessen und Verfahren
- Optimierung bestehender Prozesse (u. a. Produktqualität, Effizienz)
- Konzeptionierung, Auslegung, Dimensionierung von Anlagen
- Betriebsmessungen (u. a. Verifizierung von Schwachstellen).

Die mit dem Institutsaufbau verbundene Projektentwicklung sieht u. a. eine Nutzung des Junkalor-Geländes und der unter Denkmalschutz stehenden Junkers Rundbogenhalle des Forschungs- und Entwicklungsstandortes vor. Hierzu soll die Rundbogenhalle denkmalgerecht restauriert werden. Parallel dazu soll dies mit Nutzungskonzepten des GFM-Geländes in der Junkerstraße geprüft werden.

Weitere Prüfung des Vorhabens

Im Rahmen erster Projektentwicklungen wurde deutlich, dass noch ein erheblicher Klärungsbedarf besteht:

1. Abstimmung mit der Universität Magdeburg hinsichtlich Unterstützung der Bildung eines An-Institutes
2. Einbindung des Vorhabens in die „Regionale Innovationsstrategie des Landes/Leitmarkt Energie, Maschinen- und Anlagenbau Ressourceneffizienz“ und damit Unterstützung des Landes
3. Klärung des Investors/Geschäftsmodells

Das Gesamtprojekt sollte von den beteiligten Akteuren generell präzisiert werden. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Unterstützung des Vorhabens durch die Universität Magdeburg und ggf. durch die Hochschule Anhalt. Hier sollte seitens der Stadt auf konkrete Aussagen orientiert werden. Das Projekt gehört nach den jetzigen Arbeitsständen nicht zu den vorrangigen Aufgaben der Wirtschaftsförderung der Stadt, sollte jedoch unterstützend weiterbegleitet werden, was jedoch eine weitere Präzisierung von Aussagen hinsichtlich der Interessenlagen der beteiligten Akteure, die Identifikation eines potentiellen Investors sowie die Entwicklung eines tragfähigen Geschäftsmodells betrifft.

4.3.7. Kompetenznetzwerk Design / Möbel

In Dessau-Roßlau gibt es eine Reihe erfolgreicher Unternehmen, die im Möbelbereich aktiv sind. Das Spektrum erstreckt sich über die Entwicklung, die Produktion sowie dem Handel von Bauelementen. Die Themenfelder Holz, Möbelbau, Design, Architektur haben für die Stadt ein beträchtliches wirtschaftliches Entwicklungspotenzial.

Einerseits hat die Stadt mit der Bauhaus-Tradition ein hohes international bekanntes Alleinstellungsmerkmal mit Bereich Architektur und Design, auf dem aufgebaut werden kann. Andererseits bestehen eine Reihe mittelständischer Unternehmen, die zur Bündelung ihrer Interessen einen eigenen Verein gegründet haben. Dieser sieht u.a. die Vergabe eines eigenen Designpreises vor. Das Anknüpfen an Traditionen verbindet sich mit aktuellen Entwicklungstrends in der Architektur und dem Wohndesign, bei denen Holz als Bau- und Werkstoff eine zunehmende Bedeutung hat. Experteneinschätzungen sehen in Holz aufgrund seiner Eigenschaften den Baustoff der Zukunft. So verstärkt sich der Einsatz von Holz im Bereich der Bauindustrie. Ein hohes Potenzial für die Unternehmen besteht in der Zusammenarbeit mit der Hochschule Anhalt. Eine engere Kooperation kann die Basis für ein sich entwickelndes „Kompetenzzentrum Design/Möbel“ sein. Aktivitäten wie „Design trifft Wirtschaft“ und die Etablierung der „Manufaktur Tamesis“ aktivieren gezielt die Zusammenarbeit mit der Kreativwirtschaft.

Um die Entwicklung des Kompetenzzentrums weiter voranzutreiben, sollte – auch wenn Seitens der Unternehmen gegenwärtig keine Anstrengungen zur Entwicklung eines geförderten Kompetenznetzwerkes erfolgen - mittelfristig geprüft werden

- im Rahmen der Netzwerkförderung einen Antrag bei der Investitionsbank des Landes zu stellen, da hier auch die Zusammenarbeit erheblich unterstützt werden kann
- die Kontakte zum Cluster Bio-Economy verstärkt werden, wobei eine Integration in die Arbeit des Clusters und die damit verbundenen Kooperationen zu Partnern mit ähnlichen Zielstellungen im Bereich Designmöbel verstärkt werden können
- die Kooperation mit der Hochschule Anhalt, aber auch mit der Kunsthochschule Halle verstärkt werden, da sich hier noch auszubauende Synergien z.B. im Bereich Lehre, Forschung, Marketing entwickeln lassen.

Die Stadt sollte die Bildung eines Kompetenzzentrums Designmöbel weiter unterstützen und begleiten sowie das Vorhaben in der Projektliste mit einer mittleren Priorität bewerten. Dies schließt die Nutzung des bestehenden Arbeitskreises Förderung mit der Investitionsbank zur Unterstützung der Unternehmen ebenso ein, wie die weitere Herausstellung der spezifischen Kompetenzen der Stadt auf diesem Gebiet gegenüber dem Land.

4.3.8. Kompetenzzentrum Umweltmedizin

Das „Städtische Klinikum Dessau-Roßlau“ ist ein bedeutender Standortfaktor der Stadt. Zugleich ist es eines der größte Arbeitgeber. Nach Aussage der Klinikleitung verfügt das Klinikum über eine Reihe von Projektideen zur Stärkung bzw. Erweiterung des Klinikstandortes. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt verweist auf die bestehende Regelförderung der Klinik, die keine weiteren Fördermöglichkeiten mehr zulassen. Zudem besteht eine gewisse Wettbewerbssituation bei der Beantragung von Fördergeldern - die trotz einer hervorragenden fachlichen Aufstellung des Klinikums – bei Projektförderungen häufig zugunsten der Universitätskliniken des Landes ausfällt.

Soll der Klinikstandort Dessau-Roßlau weiter gestärkt werden, so sind alternative Wege der Wahrnehmung von Förderungen auszuloten. Potenzial besteht hierbei insbesondere im Bereich der Innovationsförderung. So spielt das Thema Gesundheitswirtschaft in der „Regionalen Innovationsstrategie“ des Landes eine große Rolle. Mit der angestrebten Profilierung des Klinikums als „Kompetenzzentrum für Umwelt- und Altersmedizin“ sollte geprüft werden, ob eine Umsetzung im Rahmen der Innovationsstrategie des Landes möglich ist. Hierbei muss jedoch der Innovationsaspekt hervorgehoben werden, da nur so eine Förderung von einzelnen Projekten umgesetzt werden kann. Zugleich sollten Alleinstellungsmerkmale des Klinikums, wie die unmittelbare Nähe zum Umweltbundesamt sowie zum BioPharmaPark als potenzielle Kooperationspartner herausgestellt werden.

Vor dem Klinikum steht die Aufgabe, auf Basis von Schwerpunkten der Innovationsstrategie des Landes geeignete Projekte zu entwickeln und in die Leitmarktarbeitsweise des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt zu einzubringen.

Abstimmungsbedarf besteht zwischen Klinikum und Umweltbundesamt hinsichtlich der Zusammenarbeit im Bereich Umweltmedizin, da das UBA zu dieser Thematik zwischenzeitlich ein bundesweites Netzwerk von Kliniken, Bildungs- und Forschungseinrichtungen aufgebaut hat.

Seitens der Wirtschaftsförderung der Stadt sollte der Prozess der Abstimmung mit dem Land koordiniert werden. So können bestehende Kontakte von Oberbürgermeister bzw. Beigeordneten zur Hausleitung des Ministeriums genutzt werden, um einen Abstimmungsprozess zu initiieren. Auch die bestehende Arbeitsgruppe von Stadt- und Investitionsbank des Landes sollte dazu genutzt werden, einzelne Projektideen hinsichtlich ihrer Förderfähigkeit zu prüfen.

4.3.9. Entwicklung und Wirken der Energieavantgarde (EAA)

Die Idee zur **Energieavantgarde Anhalt (EAA)** ist auf Initiative der Stiftung Bauhaus Dessau gemeinsam mit der Ferropolis GmbH im Jahr 2012 entstanden. Schnell ist daraus ein Akteursbündnis geworden, deren Vorreiter im Januar 2015 den gleichnamigen Verein gegründet haben.

Der Energieavantgarde Anhalt e. V. ist ein Bündnis aus engagierten Bürgern, Kommunen und Landkreisen, Unternehmen und Einrichtungen sowie regional und überregional tätigen Partnern und Institutionen, das in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg an einem zukunftsfähigen Umbau des Energiesystems vor Ort arbeitet.

Ziel des Vereins ist es, dass die Energie umweltfreundlich in der Region produziert und verbraucht wird. Er will beweisen, dass lange Stromtrassen unnötig sind, wenn Strom, Wärme und Mobilität dabei zusammenwachsen. Hierzu betreiben und unterstützen Sie einige engagierte Projekte, von denen an dieser Stelle drei ausgewählte näher dargestellt werden sollen.

Als sektorenübergreifendes Projekt bezieht sich „**REGIONALE BALANCEKREISE**“ auf die Energiesektoren Wärme, Strom und Mobilität im regionalen Energiesystem. In einer Partnerschaft mit dem Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel (InnoZ) und der Reiner-Lemoine-Institut (RLI) arbeitet die Energie Avantgarde an dem Projektziel, die Energieflüsse in der Region Anhalt zeitgenau zu erfassen und darzustellen.

Energie Avantgarde möchte die Diskussion der Energiewende um genau diesen Aspekt erweitern. Und stellen in den Raum, dass es um mehr als den Umstieg von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien geht. Vielmehr betrachten Sie diese als eine Transformation des Energiesystems und proklamieren die Einführung der „regionalen Balancekreise“ zur echtzeitnahen Darstellung der komplexen dezentralen Austauschbeziehungen der angesprochenen Energiesektoren. Eine Online-Visualisierung soll helfen die erfassten Daten einer ganzen Region darzustellen und das komplexe Thema der Sektorenkopplung anschaulich zu gestalten.

Das Projekt „**DIE RE-PRODUKTIVE STADT**“ startete mit Projektauftritt am 06. September 2016 im „Mehrgenerationenhaus Bitterfeld-Wolfen“. Bis 2019 wollen die Projektpartner die Idee einer reproduktiven Stadt in verschiedenen Facetten betrachten.

Als Projektziel möchte die Energie Avantgarde die entwickelten und abgeleiteten Visionen, mit den Bürgerinnen und Bürgern, zu einer möglichen Zukunft der Stadt Bitterfeld-Wolfen entwickeln.

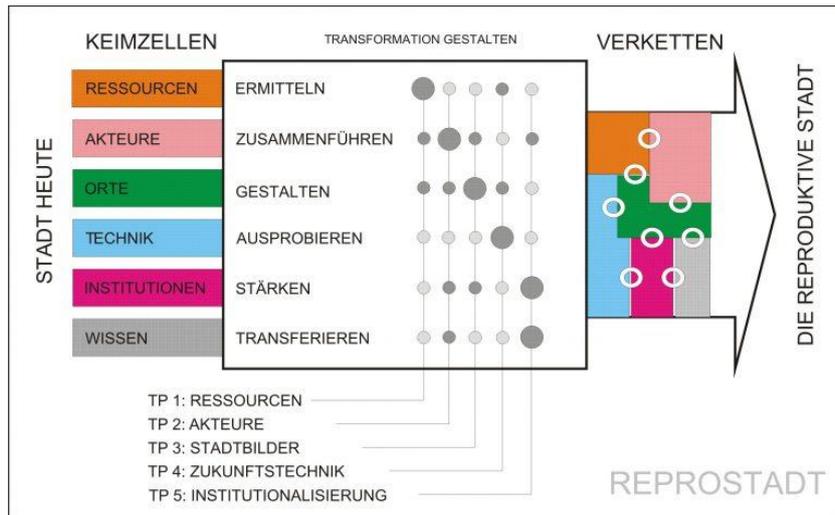


Abbildung 1: Verkettung der reproduktiven Stadt¹

Die Abbildung verdeutlicht den dahinterstehenden und angestrebten Prozess. In der reproduktiven Stadt sollen anfallende und ungenutzte Ressourcen (Grünschnitt, Sonne, Wind, Brachflächen) und Sekundärressourcen (Abwärme und Abfälle) systematisch erkannt, lokal aufgenommen und genutzt werden. Optional sollen die an der Entstehung beteiligten Prozesse, falls möglich, gleich umgestaltet werden. Hierbei bezieht sich das Projekt im konzeptionell-gestalterischen Ansatz auf das Brückenkonzept der (Re)Produktivität von Adelheit Biesecker und Sabine Hofmeister (2006). Hierbei wird vorgeschlagen, die urbanen Produktions- und Konsumtionsprozesse so zu gestalten, dass die stofflich-energetische und die wirtschaftlich-soziale Re-Produktionsfähigkeit der Stadt erhalten bleiben oder sich gar verbessern.

LOCALHY ist ein Projekt des HYPOS Verbundes und beschäftigt sich mit der Erzeugung, Speicherung und Nutzung von Grünem Wasserstoff und Sauerstoff. Das WTZ Roßlau ist unter anderem als HYPOS-Partner an diesem Projekt am Klärwerk Sonneberg-Heubisch im Bereich der Rückverstromung beteiligt. Hier soll die wirtschaftliche dezentrale Wasserelektrolyse mit Kombiniertes Wasserstoff- und Sauerstoffnutzung aus erneuerbarer Energie inklusive der Rückverstromung am erwähnten Standort demonstriert werden. Das Grundprinzip des Projektes bildet die Elektrolyse. Bei der, mithilfe von Strom aus Sonnen- oder Windkraft, CO₂-neutraler (grüner) Wasserstoff und hochreiner Sauerstoff erzeugt wird. Das Besondere an diesem Projekt ist die Weiternutzung beider Komponenten. Denn der Sauerstoff aus dem Hochdruckelektrolyseur von KUMATEC kann ohne weitere Druckerhöhung im Klärwerk in der biologischen Reinigungsstufe im Belebungsbecken zur Reinigung des Abwassers einen Beitrag leisten.

Der Wasserstoff des Elektrolyseurs kann hingegen gespeichert und bei Bedarf entweder an einer Tankstelle der Firma SERA an Wasserstoffautos abgegeben, oder rückverstromt werden. Zu diesem Zweck entwickelt das WTZ-Roßlau einen 50 kW Gasmotor. Die Aktivitäten sind seitens der Wirtschaftsförderung der Stadt als auch die Stadtwerke Dessau weiterhin unterstützend zu begleiten. Dies schließt z.B. die Begleitung von Förderanträgen im Rahmen der Arbeitsgruppe mit der Investitionsbank zur Umsetzung einzelner Projekte der Energieavantgarde mit ein.

¹ <http://www.energieavantgarde.de/projekt/die-re-produktive-stadt/> Stand 03.11.2017

4.4. Marketingaktivitäten, Tourismus, Standortmarketing

Die Aktivitäten der Stadt im Bereich Marketing und Tourismus sind eng mit dem Agieren der Marketinggesellschaft verbunden. Es erfolgte im Rahmen der Erstellung des „Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzepts ...“ u.a. die Beteiligung am Tagesworkshop Stadtmarketing sowie eine vergleichende Bewertung des Internet-Auftritts der Wirtschaftsförderung der Stadt Dessau-Roßlau (siehe Teilgutachten) mit Stärken wie Magdeburg und Halle.

Die Marketingaktivitäten der Wirtschaftsförderung werden in Zukunft geprägt durch

- die weitere Verfolgung von Handlungsschwerpunkten, die im Rahmen des Gutachtens vorgeschlagen werden
- die Diskussion in der Stadtverwaltung zu Aufgabenpräzisierungen und Ressourceneinsatz im Bereich der Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung ist marketingseitig – was Standortmarketing und Internet-Auftritt betrifft – aktuell gut aufgestellt und sollte Pro-aktiv Einfluss auf die Marketingaktivitäten der Stadt in ihrem Aufgabenbereich vertreten.

Im Mittelpunkt stehen dabei Aktivitäten im Bereich Standortmarketing sowie die Weiterentwicklung und Umsetzung der im Gutachten empfohlenen Handlungsfelder und Projekte. Mit einer nach außen kommunizierbaren Schwerpunktsetzung in der Arbeit der Wirtschaftsförderung werden sowohl Signale in Stadt und Region gegenüber der Landesregierung gegeben, die der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt dienen.

Hierzu sollte die Zusammenarbeit mit dem Land speziell mit dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und der „Innovations- und Marketinggesellschaft des Landes Sachsen-Anhalts mbH“ weiter ausgebaut werden. Gute Beispiele für die Kooperation ist die „3. Standortmarketingkonferenz Sachsen-Anhalt“ am 13. 11. 2017 und dem vom Beigeordneten für Wirtschaft und Kultur der Stadt Dessau-Roßlau gehaltenen Impulsvortrag zum „Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzept für das Oberzentrum Dessau-Roßlau“ sowie das 3. Dessauer Wirtschaftsforum am 23. 10. 2017. In beiden Veranstaltungen wurden die Schwerpunkte des Gutachtens zum „Zukunftskonzept“ einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Weitere Potentiale der Marketingarbeit bestehen in der regionalen Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderungseinrichtungen der Region. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft „Anhalt-Bitterfeld/Dessau/Wittenberg mbH“ und den Fördereinrichtungen in den Landkreisen Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld sowie der Stadt Dessau-Roßlau konzentrieren sich auf regionalen Abstimmungen bei Investorenbetreuung, der Gründer- und Investitionsförderung, der Marketingaktivitäten sowie der Initiierung von Projekten im Bereich des vom Land geförderten Regionalmanagements.

Darüber hinaus sollten die Möglichkeiten des Standortmarketings weiter durch die Wirtschaftsförderung aktiv wahrgenommen werden, wie sie im Rahmen der „Europäischen Metropolregion Mitteldeutschlands“ organisiert werden.

Im Bereich von Innen- und Außenmarketing der Stadt soweit es Fragen der Wirtschaftsentwicklung bzw. des Standortmarketings betrifft, sollte die Wirtschaftsförderung erster Ansprechpartner sein. Eine Führungsrolle im Bereich der „Wirtschaftsoffensive“ der Stadt sollte die Wirtschaftsförderung einnehmen. Hierzu wurden gutachterlicherseits in einem Positionspapier entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Die Herausstellung einiger, in dem Gutachten dargestellten Projekte und Aktivitäten, wie der Ausprägung von Dessau-Roßlau als Standort für international erfolgreiche Biopharma Unternehmen, dem modernsten Schienenfahrzeugprüfzentrum Europas, die Errichtung eines leistungsfähigen Tagungs- und Kongresszentrums in der Innenstadt sowie die Vorbereitung des 100jährigen Bauhausjubiläums im Jahr 2019 mit dem in Bau befindlichen Bauhausmuseums und den Aktivitäten bei dem Ausbau des Umweltbundesamtes stehen ebenso wie Großprojekte, wie die Erweiterung des Industriehafens Roßlau für Standortfaktoren, die die Positionierung der Stadt innerhalb der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschlands zunehmend prägen.

In Richtung verstärkter Aktivitäten der Stadt zur Innovationsförderung spielen die Kooperationen mit der Hochschule Anhalt eine zunehmende Rolle. Eine besondere Bedeutung hat hierbei die Unterstützung von Start-up Unternehmen.

Derartige Alleinstellungsmerkmale der Entwicklung der Stadt sollten unter dem Aspekt ihrer Wirkungen als attraktive Standortfaktoren für die Wirtschaft als Marketingaktivitäten prägen.

Bei der Herausstellung von innovativen Projekten über den jährlich vergebenen „Hugo-Junker-Preis“ gelingt es zunehmend, den Forschungs- und Innovationsstandort Dessau-Roßlau mit Bewerbungen aus ganz Sachsen-Anhalt überregional erfolgreich darzustellen. Deutlich sollte insbesondere die „Führungsrolle“ der Wirtschaftsförderung der Stadt im Rahmen der „Wirtschaftsoffensive“ herausgestellt werden. Von Seiten der Gutachter wurden hierzu im Rahmen eines Positionspapiers zur weiteren Ausgestaltung des „Zukunftsforums 2020“ Vorschläge unterbreitet.

4.5. Regionale / Interregionale Vernetzung

4.5.1. Regionale Vernetzung

Die länderübergreifende Zusammenarbeit in Mitteldeutschland entwickelt sich zunehmend. Einen intensiven Beitrag hierzu leistet die „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland“ an deren Aktivitäten sich die Stadt Dessau-Roßlau aktiv beteiligt. Bei der Erstellung des Gutachtens wurde im Rahmen der als Schwerpunktaufgaben herausgearbeiteten Handlungsfelder und Projekte auf einzelne Netzwerke und Clusterstrukturen verwiesen. Dabei bestand das Ziel nicht darin, eine umfassende Darstellung der Vernetzungsstrukturen in Mitteldeutschland vorzunehmen. Vielmehr ging es darum, auf die im Gutachten herausgearbeiteten Handlungsebenen für die Wirtschaftsförderung der Stadt exemplarisch wichtigen Verknüpfungsmöglichkeiten hervorzuheben.

Hierbei blieb es nicht nur beim Aufzeigen von theoretischen Ansätzen. Teilweise gelang es, konkrete Verbindungen z.B. durch Kontaktvermittlungen und themenspezifische Workshops zu den jeweiligen Netzwerkstrukturen zu befördern. Beispielhaft sind bestehende Kooperationspotentiale von Aktivitäten von Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Stadt u.a. auf folgenden Handlungsfeldern:

- In der Zusammenarbeit in Mitteldeutschland im Bereich der Logistikentwicklung und der hierzu notwendigen Ausweisung von Gewerbeflächen. So erfolgte für Dessau-Roßlau eine diesbezügliche Prüfung der ausgewiesenen Gewerbe- und Industriestandorte für Logistikunternehmen hinsichtlich ihrer Ansiedlungsattraktivität
- In der Einbindung von Aktivitäten im Bereich BioPharma, in die Arbeit des Clusters Chemie/Kunststofftechnik mit Schwerpunkt Integration in den Aufbau des bundesweit wirksamen „Leistungszentrums Chemie-Biosystemtechnik“ durch das Fraunhofer IWMS in Halle
- Bewertung von Kooperationspotentialen im Bereich Möbel / Design in der Stadt Dessau-Roßlau u.a. durch einen Workshop mit der Leitung des Spitzenclusters Bio-Economy
- Durch die Auslotung von „Verbindungsmöglichkeiten“ zwischen den Arbeiten im Kooperationsnetzwerk Chemie+ bei der Herstellung von „Grünen Wasserstoff“ als zentralen Bestandteil des länderübergreifenden Hypos-Projektes und Aktivitäten im Bereich des Schienenfahrzeugbaus in Dessau-Roßlau bei der Nutzung von klimaneutralen Antriebsstoffen
- In der Auslotung von potentiellen Ansätzen der Einbindung des BioPharma Parks in die Zusammenarbeit der großen Chemieparks Ostdeutschlands im Rahmen des CeChemNet – Standortverbundes (Central European Chemical Network)

Diese Prozesse der verstärkten Integration von Wirtschafts- und Innovationsaktivitäten der Stadt in die regionalen Vernetzungsstrukturen Mitteldeutschlands muss als eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung kontinuierlich bewertet und nach Möglichkeit seitens der Wirtschaftsförderung der Stadt angestoßen und bei Bedarf der beteiligten Akteure moderiert werden. Hierzu ist eine Schwerpunktsetzung aufgrund differenzierter Intensität und Tiefe der jeweiligen Kapazitäten der Wirtschaftsförderung der Stadt frühzeitig anzustreben. Ziel muss es sein, dass Unternehmen ebenso wie die Hochschule Anhalt die Netzwerkarbeit eigenständig, möglichst unter Wahrnehmung von geförderten Netzwerk- und Clustermanagementstrukturen bzw. Eigeninitiativen der Wirtschaft gestalten.

Erfolgreiches Beispiel für die regionale Zusammenarbeit ist der gemeinsam vom „Verein für Bahntechnologie Dessau e. V.“ und der Hochschule Anhalt im Rahmen der Förderinitiative des BMBF

„Wandel durch Innovation in der Region – WIR“

Gemeinsam mit einem breit aufgestellten Konsortium aus Unternehmen, Hochschulen und Instituten sowie regionale Partner aus Politik und Gesellschaft wie die Stadt Dessau-Roßlau und der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau (IHK) gestellte Projektantrag

„Wandel zur Technologieregion : Zukunftssicherung der Region Anhalt durch innovative und nachhaltige Technologien für Schienenverkehrssysteme (TRAINS)“

In dem aufgebauten Bündnis vereinen sich die wichtigsten Unternehmen der Branche, wozu insbesondere Fahrzeug- und Komponentenfertiger, Fahrzeuginstandhalter, Infrastrukturbetreiber sowie Engineering-, Marketing- und Finanzierungsunternehmen eine breite Partner- und Kompetenzbasis darstellen. Wesentlich gestärkt wird das Bündnis aus der Zusammenarbeit mit der Hochschule Anhalt speziell auf dem Gebiet des Maschinenbaus sowie der Elektro- und Informationstechnik. Ein wesentliches Ziel des Bündnisses besteht darin, gemeinsam die Chancen des Digitalisierungsprozesses zu verbinden mit grundlegenden Erneuerungen der traditionellen

Entwicklungs-, Herstellungs- und Erhaltungskonzepte für Schienenfahrzeuge. Aufbauend auf den Kompetenzen der traditionellen regionalen Wirtschaft sollen neue Entwicklungsimpulse für die Region ausgelöst werden. Aufbauend auf den im Projektantrag definierten Innovationszielen bestehen in der Verbindung von aus Ökostrom erzeugten „Grünen Wasserstoff“ als Antriebsmittel für die nachhaltige Konstruktion und Gestaltung von Schienenfahrzeugen erhebliche Entwicklungspotentiale. Zugleich besteht in der Entwicklung bedarfsgerechter Mobilitätsangebote die Chance, die innovativen Potentiale von Chemie und Schienenfahrzeugbau in der Region zukunftsweisend zu verbinden. Damit sind unabhängig vom Verlauf des BMBF-Wettbewerbs Chancen für einen zukunftssträchtigen Strukturwandel in Mitteldeutschland gegeben, der in den Innovations- und Wirtschaftsstrategien von Ländern und Bundesregierung aufgenommen werden sollte. Die Stadt Dessau-Roßlau sollte auch auf Basis ihres LOI zum Projekt hier als Unterstützer und Förderer der neu entstandenen Vision des Bündnisses wirken.

4.5.2. Interregionale Vernetzung / Beteiligung an EU-Projekten

Vor dem Hintergrund sinkender Fördermittel auf Landes- und Bundesebene wird die Beteiligung an EU-Programmen in Zukunft wichtiger, um zusätzliche Finanzierungsquellen für lokale Aktivitäten zu erschließen. Dies gilt für die laufende EU Strukturfondsförderperiode 2014 bis 2020, aber noch viel mehr für die darauffolgende nach 2020. Der aktuelle stattfindende Brexit und die Neuregelung des Länderfinanzausgleiches werden für Sachsen-Anhalt zu deutlich reduzierten direkten Finanzierungsbeiträgen von der EU und vom Bund führen. Deswegen ist es wichtig frühzeitig die entsprechenden Erfahrungen, Kompetenzen und Netzwerke für eine Mitwirkung an EU Projekten zu entwickeln.

Das Land Sachsen-Anhalt strebt in seiner **Europastrategie** eine proaktive Nutzung von EU Programmen an und will hierbei insbesondere auch die Kommunen und Landkreise unterstützen. Hierfür wurde die EU-Serviceagentur Sachsen-Anhalt bei der Investitionsbank ins Leben gerufen, welche Kommunen bei der Projektentwicklung und Partnersuche unterstützt. Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen sollen für die Mitarbeit in EU-Projekten qualifiziert werden. In der jüngsten Vergangenheit hat die EU Serviceagentur eng auch mit der Stadt Dessau-Roßlau zusammengearbeitet, um potentielle Themen für EU-Kooperationsprojekte zu identifizieren. Mitarbeiter der Stadtverwaltung haben an Fortbildungsmaßnahmen der EUSA teilgenommen.

In der laufenden Förderperiode 2014 – 2020 gibt es verschiedene Förderprogramme, die für die Stadt Dessau-Roßlau interessant sind. Das „Interreg Central“ und „Interreg Europe Programm“ richten sich direkt an öffentliche Einrichtungen und fördern den transnationalen Erfahrungsaustausch in den Bereichen Innovation, Energie, Umwelt und Transport. Das **Horizon 2020** Programm ist das zentrale Forschungs- und Innovationsförderungsprogramm der Europäischen Union mit einer breiten Palette an inhaltlichen Themen die zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen beitragen sollen. Des Weiteren gibt es mit dem **ERASMUS+ Programm** Förderung für die Entwicklung von Humanressourcen. Das **LIFE+ Programm** konzentriert sich auf die Themen Umwelt und Landwirtschaft.

Im Laufe der Arbeit an der Entwicklung des Zukunftskonzeptes hat das isw Institut die Stadt Dessau-Roßlau bei der Beteiligung an EU Projekten unterstützt. Im Ergebnis dieser Arbeiten beteiligte sich die Stadt an dem Horizon 2020 Projekte „Regenerating Urban Nature“ der im Call SCC-02-2016-2017 im

März 2017 eingereicht wurde. Unter der Führung der polytechnischen Universität Valencia war die Stadt Dessau-Roßlau an einem Konsortium aus 18 Partnern aus 9 Ländern beteiligt die sich das Ziel gesetzt haben, vernachlässigte Stadtgebiete durch eine Renaturalisierung wieder nutzbar zu machen. Für die Stadt Dessau-Roßlau war ein Pilotprojekt zur Entwicklung von Flächen am Hafen Roßlau geplant, welche die Entwicklung hin zu einem trimodalen Logistikzentrum unterstützen sollte. Der Projektantrag konnte aufgrund der hohen Beteiligung und verhältnismäßig großen Fördersumme leider nicht für eine Förderung ausgewählt werden.

Im Rahmen der dritten Ausschreibungsrunde des Interreg Central Programms hat das isw Institut nach relevanten Projektideen für die Stadt Dessau-Roßlau Ausschau gehalten. Das Projekt CRAMM – „Cultural Route oft he Architecture Modern Movement“ wurde insbesondere mit Bezug der Bauhaus Tradition der Stadt als interessant identifiziert und eine Beteiligung wurde vorgeschlagen. Die Stadtmarketinggesellschaft hat sich gegen eine Beteiligung ausgesprochen.

Nach Ablauf der dritten Ausschreibungsrunden in den Interreg Programmen Anfang 2018 ist in dieser Förderwelt kein Geld mehr vorhanden. Eine Fördermöglichkeit für die Stadt Dessau-Roßlau besteht weiterhin im Horizon 2020 Programm. Hier werden im November 2017 die Arbeitsprogramme für die Jahre 2018-2020 veröffentlicht. Erste Projekte können im April 2018 eingereicht werden.

Ausgewählte Beispiele für interessante Förderthemen sind folgende Herausforderungen:

Gesellschaftliche Herausforderung: Europe in einer sich verändernden Welt: inklusive, innovative und reflektierende Gesellschaften:

Call - SOCIOECONOMIC AND CULTURAL TRANSFORMATIONS IN THE CONTEXT OF THE FOURTH INDUSTRIAL REVOLUTION

- TRANSFORMATIONS-05-2018: Cities as a platform for citizen-driven innovation (Stärkung der partizipativen Entwicklung der Energieavantgarde Anhalt)
- TRANSFORMATIONS-06-2018: Inclusive and sustainable growth through cultural and creative industries and the arts (Stärkung der Rolle des Bauhauses)

Gesellschaftliche Herausforderung „Sichere, saubere und effiziente Energie“ – (Bezüge zu Aktivitäten der Energieavantgarde Anhalt und der Stadtwerke Dessau)

- LC-SC3-EE-17-2019: European City facility - European Cities as key innovation hubs to unlock finance for energy efficiency
- LC-SC3-EE-13-2018-2019-2020: Enabling next-generation of smart energy services valorising energy efficiency and flexibility at demand-side as energy resource
- LC-SC3-EE-14-2018-2019-2020: Socio-economic research conceptualising and modelling energy efficiency and energy demand
- LC-SC3-EC-1-2018-2019-2020: The role of consumers in changing the market through informed decision and collective actions
- LC-SC3-EC-3-2020 - Consumer engagement and demand response

Das EU Hochschulnetzwerk Sachsen-Anhalt bietet hier Unterstützung bei Fragen der Antragserstellung. (www.euhoerschulnetz-sachsen-anhalt.de) Des weiteren beraten Nationale Kontaktstellen zu den verschiedenen gesellschaftlichen Herausforderungen. Auf europäischer Ebene werden zentrale Informationsveranstaltungen zu den jährlichen Calls organisiert. Die EUSA beteiligt sich über das ERRIN Netzwerk an der Entwicklung von Projektideen mit Beteiligung von Partnern aus Sachsen-Anhalt. (www.errin.eu)

Die Beteiligung der Stadtverwaltung an einzelnen EU-Programmen stellt eine Chance dar, sich in internationalen Kooperationsstrukturen einzubinden, um so auch auf europäischer Ebene präsenter zu sein. Für die Wirtschaftsförderung besteht auf ihrem spezifischen Aufgabengebiet die Möglichkeit, im Zusammenwirken mit Unternehmen und Hochschuleinrichtungen, ihre Handlungsspielräume zu erweitern.

4.6 *Finanzielle Handlungsspielräume der Wirtschaftsförderung*

Im Rahmen des Gutachtens bestand die Aufgabe, finanzielle Spielräume der Stadt für die Wirtschaftsförderung zu bewerten. Hierzu wurde eine Teilstudie zur finanziellen Situation der Stadt erarbeitet. In dieser Untersuchung wurden auch Vergleiche zu den anderen Oberzentren des Landes vorgenommen. In der Stadt muss geklärt werden, mit welchen konkreten Schritten die Bewertung der finanziellen Situation der Stadt und den damit verbundenen Spielräumen der Wirtschaftsförderung weiterverfolgt werden soll.

Im Rahmen der Gutachtenerstellung wurden wiederholt Fragen der Handlungsspielräume der Wirtschaftsförderung vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen aufgeworfen. Dies ist eine der wichtigsten Stellschrauben der Stadt, wenn die Wirtschaftsförderung zukunftssicher und nachhaltig aufgestellt werden soll. Hierbei können gutachterlicherseits folgende Schlussfolgerungen gezogen werden.

1. Angesichts der umfangreich bestehenden Handlungsfelder und Projekte muss entschieden werden, wo eine Schwerpunktsetzung der Arbeiten der Wirtschaftsförderung erfolgt. Vor dem Hintergrund der dargestellten Handlungsansätze ist nicht darstellbar, dass die Wirtschaftsförderung der Stadt die Aufgabenfülle in der Breite realisieren kann. Angesichts dieser Aufgabenfülle ist seitens der Stadt eine Aufgabenbewertung vorzunehmen, inwieweit eine Verstärkung des Ressourceneinsatzes (Stellenplan, Ausstattung mit Finanzen etc.) erfolgen kann.
2. Dieser Bewertungsprozess sollte einhergehen mit einer Aufgabendiskussion in der Stadtverwaltung. So befasst sich die Wirtschaftsförderung im hohen Maße mit der Abwicklung von Projekten im Rahmen der GRW-Infrastrukturförderung im touristischen Bereich (u. a. Technikmuseum, Umfeld der Bauhausbauten, Radwegenetz). Dies ist wichtig für die Finanzierung z.B. von Bauprojekten. Die Aufgabe muss jedoch nicht im Bereich der Wirtschaftsförderung angesiedelt werden, sondern kann auch anderen Bereichen der Stadtverwaltung übertragen werden. Im Bereich der Wirtschaftsförderung gilt es vielmehr eine Prioritätenverlagerung vorzunehmen und z.B. die Aufgabefelder auszubauen, die sich mit der Betreuung/Entwicklung

des Unternehmensbestandes befassen. Insgesamt gilt es, vor dem Hintergrund der gutachterlicherseits herausgearbeiteten Handlungsfelder und Projekte die Wirtschaftsförderung auf die vorgeschlagenen Schwerpunktaufgaben auszurichten und diesbezüglich auch zu ermöglichen – auf Basis veränderter Prioritätensetzungen - in der Arbeit diese Aufgaben zu erfüllen.

3. Die Mobilisierung externer Finanzierungsquellen, insbesondere vom Land Sachsen-Anhalt und der Bundesregierung wird angesichts einer sich abschwächenden Förderkulisse (Neuregelung GRW-Förderung, Auslaufen der aktuellen EU-Förderperiode) eine immer größere Rolle für die Wirtschaftsentwicklung der Stadt spielen. Hierzu bietet die Zusammenarbeit mit der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt, in der auch die Stadtwerke Dessau-Roßlau verstärkt eingebunden werden, eine gute Grundlage.

Diese Aktivitäten sollen weiterentwickelt und verstärkt auf den Unternehmensbereich und sich entwickelnde Netzwerkstrukturen ausgedehnt werden. Hierzu sind jedoch innerhalb der Wirtschaftsförderung Strukturen zu stärken, die entsprechend der Kooperationsangebote seitens der Investitionsbank diese auch projektkonkret bearbeiten können. Die Zusammenarbeit mit der Investitionsbank hat Modellcharakter für Sachsen-Anhalt und sollte unbedingt ausgebaut werden, wobei verstärkt auch Möglichkeiten der KfW sowie der Europäischen Investitionsbank im Zusammenhang mit der Entwicklung integrierter Förderansätze genutzt werden sollten.

4. Bei der Mobilisierung externer Finanzierungsquellen spielen Förderangebote der EU eine wachsende Rolle. Im ganzen Bereich der Stadtverwaltung sollte geprüft werden, inwieweit die einzelnen Ämter tatsächlich EU-Mittel z. B. über die Beteiligung an EU-Programmen mobilisieren konnten. Für die Wirtschaftsförderung der Stadt steht im Rahmen ihres Aufgabenfeldes die Aufgabe gemeinsam mit Unternehmen und Hochschuleinrichtungen dieses Handlungsfeld zu verstärken. In diesem Bereich könnte ein wichtiges zu entwickelndes Feld der Wirtschaftsförderung entstehen, wobei dies mit dem Aufbau entsprechender Kompetenzen verbunden sein muss. Die Stärkung der EU-Kompetenzen sollte auch intensiv durch die Zusammenarbeit mit der Investitionsbank des Landes sowie über die gezielte Einbindung externer Beratungskapazitäten angestrebt werden.

Die Diskussion zu den finanziellen Handlungsspielräumen der Wirtschaftsförderung kann nur unter Leitung des Oberbürgermeisters der Stadt erfolgen, da hier wichtige Fragen der Aufgaben- und Strukturentwicklung der gesamten Stadtverwaltung aufgeworfen werden, die entsprechende Entscheidungen zur Stärkung der Wirtschaftsförderung in der Stadt voraussetzen.

Ihre Ansprechpartner

isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH
Dr. Gunthard Bratzke, Geschäftsführer

Seebener Str. 22

06114 Halle (Saale)

Telefon +49 345 / 521 36 0

Telefax +49 345 / 299 82 888

Email bratzke@isw-institut.de

in Kooperation mit

AHP GmbH & Co. KG

Prof. Dr.-Ing. Uwe Arnold, Geschäftsführer

Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 11

10787 Berlin

Telefon +49 30 / 756 875 40

Telefax +49 30 / 756 875 444

Email arnold@ahpkg.de